13. Oktober 1994

Nr. 303

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM



Inhalt

Ordner:

- CCC (französisch)
- RAI zu Wahlen
- Beitrag gegen Neuroleptika
- AABO Konzeptpapier zur Demo (siehe Termine)
- Wir lösen den Stau auf
- Offener Brief aus Kassel

- PDS Wahlveranstaltung

2 leidige Themen: a) Einsendeschluß bleibt montags. Es ist immer wieder ärgerlich wenn wir überholte Plakat im Briefkasten finden, die wir eine Woche früher gerne auf die Außenseite gemacht hätten. Für unaktuell gewordene Texte gilt das natürlich auch. Die beste Abgabezeit für eure Zusendungen ist tagsüber bis 18Uhr. b) Wenn ihr Zivis, Spitzel oder wen auch immer namentlich oder bildlich enttarnen wollt, reicht dafür kein Foto mit zwei Sätzen. Beschuldigungen reichen in keinem Fall aus. Es muß eindeutige Beweise geben. Falls ihr diese nicht veröffentlichen wollt , müßt ihr wenigstens nach Wegen suchen, wie ihr sie uns mitteilen könnt.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vertriebsbedingungen:
Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.
Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und -cafés** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.
Buchläden und andere **Wiederverkäuferinnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.
Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.
Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?
Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99, im Nachladen, Waldemarstr. 36 und im Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 und sind dort allgemein zugänglich.
Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.
Es gilt Anzeigenliste Nr. 4 vom 14. November 1990.

ANTIFA-VOLXSPORT

Das DEUTSCHE KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG) lud zu den TAGEN DEUTSCHER KULTUR vom 30.09. - 03.10.1994 nach Bad Bevensen.

Das DKEG ist eine unter vielen Organisationen im internationalen Netzwerk der illegalen NSDAP. Der Impuls zur Gründung der neuen Untergrund-NSDAP ging von alten Waffen-SSler aus. Sie waren verbunden mit den Nachkriegsstrukturen der NS-Scene, vor allem mit dem Organisationsgeflecht, um das DKEG. Diese Scharnierorganisation des NS-Netzwerkes tritt auch unter den Namen DEUTSCHE KULTURGEMEINSCHAFT (DKG), FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN oder GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK (GfP) in Erscheinung, bzw. gingen diese Vereine aus der DKEG hervor.
Das DKEG, Abteilung BRD, wurde am 1.Mai 1950 von Dr. Herbert BÖHME, Mitglied der obersten SA-Führung, Mitglied der Reichspropagandaleitung der NSDAP und "Reichsfachschaftsleiter für Lyrik in der Reichsschriftumskammer", ins Leben gerufen. Nach dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei,1952, spielte dieser Verein eine wesentliche Rolle in der Aufrechterhaltung der verbotenen organisatorischen Bemühungen. Die selbe Rolle spielen die oben genannten Vereinigungen heute wieder, wenn sie unter dem Deckmantel der Kulturpflege ihre Treffen abhalten.
Seit den fünfziger Jahren hat dieser Kreis die Schlüsselposition in der NS-Struktur Deutschlands und Österreichs inne. Seit der DKEG-Gründung, 1950, mit 100000 DM Starthilfe vom Stifterverband der deutschen Industrie, kommen hier regelmäßig auserlesene Kader aller Strömungen der extremen Rechten zusammen. Hier ist die eigentliche Schaltstelle des NS-Netzwerkes zu suchen. Auch die Neonazis sind dort eingebunden und hören auf den Ruf der Alten.
Anfang der 90iger Jahre hatte die DEUTSCHE KULTURGEMEINSCHFT (DKG) zu den Aufmärschen uniformierter Nazis auf dem brandenburgischen Soldatenfriedhof in Halbe, zu "Ehren der Waffen-SS", aufgerufen. Damalige Vorsitzende der DKG in Deutschland war Ursula SCHAFFER, Halbschwester der Vorsitzenden der DKEG und DKG Österreichs, Lisbeth GROLITSCH. Letztere ist zusammen mit dem Alt-Faschisten Otto Ernst REMER, der in der BRD mit Haftbefehl gesucht wird und z.Z. in spanischer Abschiebehaft sitzt, Gründerin des FREUNDESKREISES ULRICH VON HUTTEN 1982.
Im Juni 1993 fand in der thüringischen Stadt Saalfeld die zentrale Tagung der DKG statt. Eingeladen wurde vom DKEG, vom FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN und von der NOTGEMEINSCHAFT FÜR VOLKSTUM UND KULTUR. TeilnehmerInnen dieser Veranstaltung waren u.a.: die schon erwähnte Lisbeth GROLITSCH; Herbert SCHWEIGER- ex-"Leibstandarte Adolf Hitler"; Wolfram NAHRATH, Bundesführer der WIKING JUGEND, die Nachfolgeorganisation der Hitler Jugend; Wolfgang JUCHEM, Mitglied der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT und ehemaliger Geheimdienst-Mitarbeiter.

Neben der organisatorischen Verflechtungen im NS-Netzwerk sieht das DKEG seine Aufgabe in der Pflege und Reinhaltung der deutschen Kultur als Identität des deutschen Volkes und in der Bewahrung vor Verfremdung und Verunsittung". Das Kulturwerk sieht sich als Hüter deutschen Volkstums vor "Multikulti-Mischmasch", Drogendealern, usw propagiert Revanchismus in Form von Reinwaschung der deutschen Geschichte und bekräftigt den Anspruch der deutschen Nation auf die "gestohlenen Ostgebiete".
"Wir fordern die Wiederherstellung der geschichtlichen Wahrheit und damit der Ehre unseres deutschen Volkes. Wir treten ein für das

Ende der Heuchelei in Politik und Kunst. Wir beharren auf die Reinhaltung und Pflege der deutschen Sprache. Wir schützen gemeinsam vor willkürlicher und gedankenloser Überfremdung. Wir verwahren uns gegen Geschmacklosigkeit und Zuchtlosigkeit im Schrifttum, auf der Bühne, in Film, Funk und Fernsehen. Wir wollen Deiche bauen gegen die Schmutzfluten von Lügen, Haß und Verleumdung."

Soweit aus dem Selbstverständnis des DKEG.
Seit dem Tode von Herbert BÖHME, 1971, steht Karl Günther STEMPEL aus München an der Spitze des Kulturwerkes. Zu seiner Person später ausführlicheres.

Die diesjährige Jahreshauptversammlung mit etwa 80 TeilnehmerInnen, fand, wie in den Jahres vorher, als geschlossene Tagung im Kurhaus von Bad Bevensen statt. Das 4-Tage Programm bestand aus Lesungen und Rezessionen von deutscher Literatur, Dichtung und Lyrik, Vorträgen und Referaten z.B. von Wolfgang OEHLER: "Kunst für den Menschen - Kunst als Verpflichtung", Dr. Frans du BUY: ;"Bismark und die Reichsgründung", Erich TUTSCH: "Deutschlands verstoßener Osten" und Konzerten von klassischer Musik. Den Abschluß bildete eine Busfahrt (Busunternehmen Paul TONN, Möllerstr. 9, 29549 Bad Bevensen) zum Kaiserdom in Königslutter und Einkehr im Gasthaus REITLING, in 38154 Reitling/Elm am 03.10.
Zentraler Festakt stellte die Verleihung des vom DKEG gestifteten SCHILLERPREISES DES DEUTSCHEN VOLKES dar. Das Kuratorium des Kulturwerkes verlieh den Schillerpreis mit Schillerkette und Urkunde diesjährig an Karl Günther STEMPEL, ihren eigenen Präsidenten.
Der SCHILLERPREIS wird alle zwei Jahre vergeben. Preisträger waren u.a.: Richard W. EICHLER (1969), Konrad LORENZ (1973), Sigrid HUNKE (1985), Helmut DIWALD (1992).
In der Laudatio zum Preisträger K.G. STEMPEL liest sich dessen Geschichte als klassische (Nachkriegs-) Karriere von Faschisten: Während seiner Studienzeit war er Mitglied in der Münchener Burschenschaft "Arminia". Im 2. Weltkrieg noch als Panzergrenadier-Leutnant beteiligt wurde er 1952 zunächst Landgerichtsrat und 1964 zum Oberlandesgerichtsrat befördert. Bis zu seiner Pensionierung 1979 war er Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht.

Desweiteren sollte auf der Tagung der Tiroler Ehren- und Wanderkrug (billiger Zinnbecher) für Volkstumsarbeit verliehen werden, sowie ein goldener Ehrenring für Literatur an Prof. Richard W. EICHLER und der Herbert-Böhme-Gedächnispreis an Friedrich Karl WITT.

Die Versammlungen finden seit Jahren im Kurhaus von Bad Bevensen mit Billigung und wohlwollender Unterstützung der Verantwortlichen der Stadt statt. Die Begrüßung durch die Kurverwaltung und Vertretern der Stadt gehörten zum Programmauftakt. Der Leiter der Kurverwaltung Jürgen WARNECKE hat das Programm mit ausgestaltet, der Bürgermeister war eingeladen. Schon 1990 wurde durch offizieller Seite, von Stadtdirektor Bernd KAUFMANN für Stadt- und Kurverwaltung Bad Bevensen, die TeilnehmerInnen willkommen geheißen. 1992 erledigte diesen Job Samtgemeinde-Oberrat KÖHLER, nachdem sich Jürgen WARNECKE mit persönlichen Schreiben an K.G. STEMPEL wegen Grippe entschuldigt hatte, obwohl ihn die gemeinsame Sache am Herzen liege.
Es ist ein typischer und weit verbreiteter Zustand, das , wie hier, Alt-Faschisten trotz der Zustände in diesem Land immer noch Räumlichkeiten zur Verfügung haben und ihre Ideologie verbreiten können. Es bewahrheitet sich wieder einmal mehr, das es ein staatliches Interesse an Verfechtern national-revanchistischer Inhalte gibt um den gesellschaftlichen Diskurs weiter nach rechts zu verschieben.

ANTIFA-VOLXSPORT

Am 02.10.1994 wurde von antifaschistischen Gruppen das Treiben der Rentner-Truppe für kurze Zeit unterbrochen. Mit Transparenten, Sprechchören und mit der Umverteilung von Sach-, Geld-,und Propagandamaterial sorgte der "Besuch" für Hektik und panische Zustände unter den Kurgästen und TeilnehmerInnen der Tagung im ansonsten ruhig und beschaulichen Dasein der Bäderstadt.
In unsere Hände fiel dabei der Aktenkoffer von K.G. STEMPEL, mit eben diesen Schillerpreis, der Schillerkette, samt Verleihurkunde, der erst drei Stunden vorher an ihm überreicht wurde. Desweiteren auch der Tiroler Ehren- und Wanderkrug, sowie ein Ehrenring und weitere Ehrenurkunden vor ihrer Verleihung.
Ein mittelgroßer dreistelliger Geldbetrag kommt der antifaschistischen Arbeit zugute.

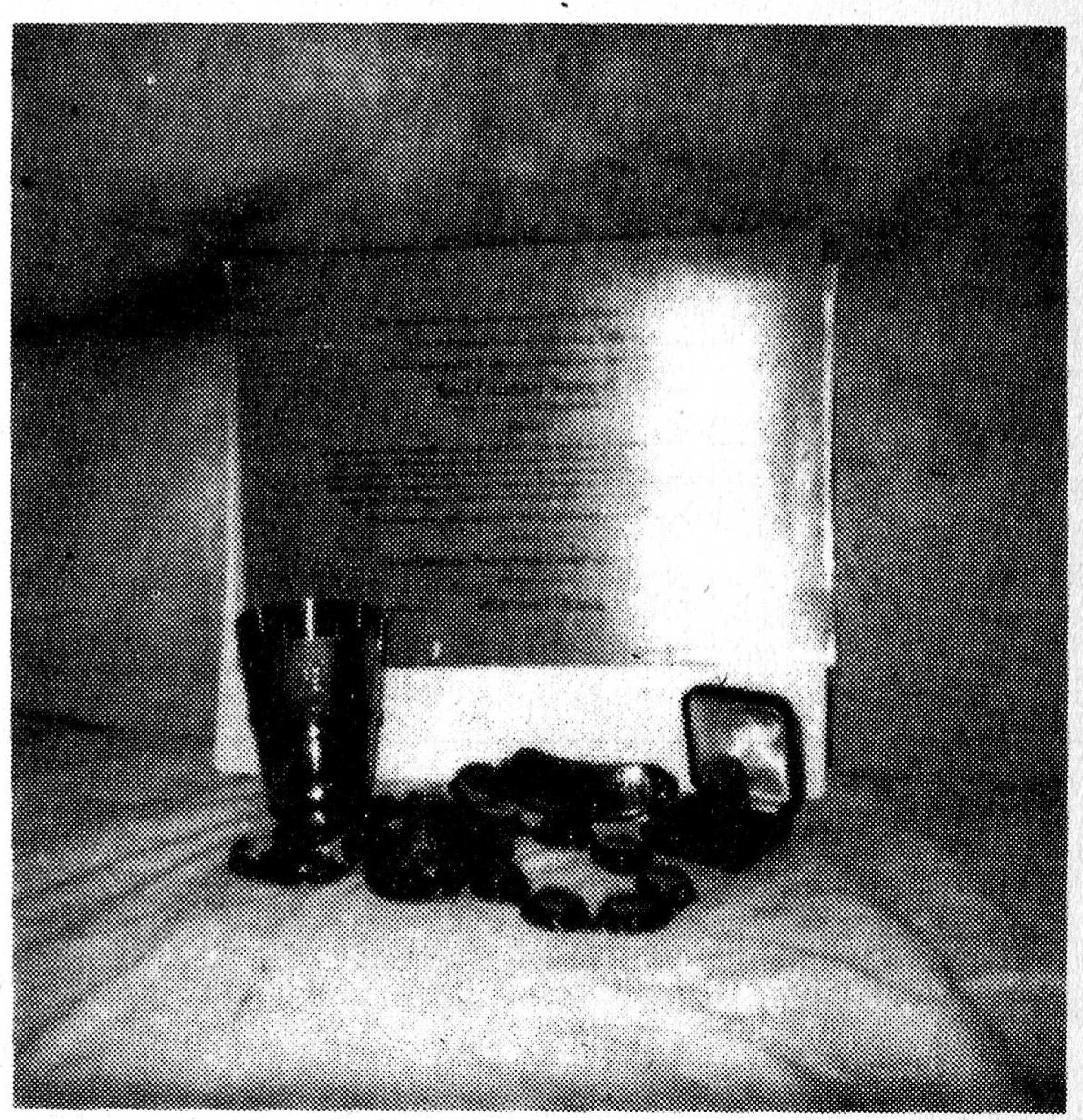
Wirdenken, daß die Aktion vor allem durch die Beutestücke und die persönlichen Unterlagen von K.G. STEMPEL,inklusive Adressenlisten, mehr als erfolgreich war, auch wenn die Veranstaltung nicht beendet werden konnte. Die anwesende Presse sorgte bei einigen Alt-Faschisten zum Verlassen des Veranstaltungsortes, andere bemühten sich in HJ-Mentalität für Ruhe und Ordnung zu sorgen, Herzinfakte waren kurzzeitig nicht mehr auszuschließen. Nachdem die ersten Bullen eintrafen, verließen wir geschlossen den Veranstaltungsort, Festnahmen gab es keine.

Grüße an die antinationale Einheitsfeier in Bremen!

Grüße an die kriminalisierten und verhafteten AntifaschistInnen in Berlin!

Autonome und Antifaschistische Kurbäderisten für Frührentenansprüche

03.10.1994, Bad Bevensen



PS: Für In teressiete folgende Lesehinweise:
Antifaschistisches Infoblatt aus Berlin, Nr.25 + 27
Das Kulturwerk europäischen Geistes, Bernd Engelmann

BERICHT VOM 2.PROZEßTAG

Der zweite Verhandlungstag im "Fall Kaindl"
- Anklageverlesung und erste Stellungnahmen der Gefangenen -

Am 27.09.94 begann diesmal pünktlich der zweite Verhandlungstag. Vor der Tür wurden wir diesmal nicht von einer sich dümmlich tarnenden Gruppe Zivilpolizisten bedrängt, wir durften auch Schreibmaterial mit in den Gerichtssaal nehmen. Kugerlschreiber wurden gegen gerichtstaugliche Bleistifte ausgetauscht. Die Kontrollen wurden jedoch beibehalten, so daß bereits um 7.30 Einlaß war, damit der Saal sich in 1,5 Stunden mit 65 Zuschauern füllen konnte. Man darf von der Justiz keine zu große Hast erwarten.
Gleich zu Beginn wurden das Publikum von der Richterin für den letzten Verhandlungstag gerügt, es war klar, daß nochmal eine derartig nette und entspannte Atmosphäre sich nicht wieder herstellen ließe, da die Richterin durchgreifen mußte. Den Gefangenen wurde bis nach dem Ende ihrer Einlassungen untersagt, gemeinsam zu rauchen und sich zu unterhalten, außer über private Dinge, dies jedoch auch in türkisch. Das Trennungsgebot besteht weiter und wurde von der Richterin nicht aufgehoben. Die Sicherheitsbestimmungen für das Verfahren wurden nicht aufgehoben, da die Richterin der Ansicht war, daß weiterhin mit einer Störung des Verfahrens und Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten im Gerichtssaal zu rechnen sei.
Nach diesem Vorgeplänkel kam es dann zum ersten großen Auftritt der Frau Staatsanwältin Nielsen, zur Verlesung der Anklageschrift. Es wurde ein peinlicher Auftritt! Frau Nielsen beharrte schon beinahe kindisch darauf,die von ihr erstellte Anklageschrift vorzutragen und nicht die vom Gericht zugelassene Anklage zu verlesen, wie es ihre juristische Pflicht gewesen wäre. So mußten wir uns die Anklage einmal falsch, auf massive Intervention der Anwälte und der Richterin Frau Eschenhagen nach einer 15minütigen Pause, dann halbrichtig (richtige Gesetze benannt, aber falsche Darstellung) dreimal hintereinander anhören. Frau Nielsen schien schlecht vorbereitet und hoffte vielleicht, wenn sie ihre "Mörderbanden"-Darstellung nur oft genug wiederholt, daß sie dann richtiger und glaubwürdiger wird.
Die vom Gericht zugelassene Anklage lautet: Gemeinschaftlicher Mord und sechsfache gefährliche Körperverletzung.
Für Erkan, der zum Tatzeitpunkt schuldunfähig war, beantragte die StA Nielsen lebenslange Unterbringung in der Klapse, welches defacto eine lebenslange Freiheitsstrafe bedeutet. Erkan ist psychisch schwer erkrankt, er muß in qualifizierte Behandlung, damit sein Zustand sich verbessert und er wieder gesund wird, eine lebenslange Unterbringung in einer geschlossenen Psychatrie ist bekanntermaßen höchst ungeeignet therapeutische Erfolge zu erzielen und seine Gesundung voranzutreiben.
Nach der Mittagspause wurde über die Zulassung der Öffentlichkeit entschieden. Erkan erklärte, daß er den Ausschluß der Öffentlichkeit nicht will. Frau Eschenhagen gab dann eine Erklärung für die gesamte Kammer ab, in der sie bemerkte, daß das "weltweite Interesse" an diesem Prozeß und die kritischen Blicke auf die Rechtslastigkeit der deutschen Justiz und eine mögliche Vorverurteilung der Gefangenen, einen Ausschluß der Öffentlichkeit verbietet.
Die Gefangenen wurden dann alle gefragt, ob sie sich zu den ihnen in der Anklage gemachten Vorwürfen äußern wollen. Alle, bis auf Fatma beantworteten diese Frage mit "ja". Fatma erklärte, daß ihr "sich nicht äußern", nicht bedeutet, daß sie sich von den anderen distanziere, sondern, daß sie das, was die anderen sagen mittragen. Abidin gab dann als erster seine Stellungnahme ab. Er stellte klar, daß er an dem fraglichen Abend weder in dem Chinarestaurant, noch in dessen Nähe gewesen sei und von dem Vorfall erst am nächsten Morgen gehört habe. Die Aussagen der beiden Jugendlichen seien falsch, richtig wäre nur, daß er Antifaschist sei und aktiv bei Antifa Genclik. Nach der politischen Erklärung von Abidin gab Fatma ihre politische Stellungnahme zur Anklage und zum gesamten Verfahren ab. Beide Erklärungen waren sehr beeindruckend und wurden vom Publikum mit kurzem Applaus gewürdigt, obwohl wir sofort Ärger mit der Richterin bekamen, die mit Räumung des Saales drohte. Beide Erklärungen sind in dieser Ausgabe des Bulletins dokumentiert. Nach der Verlesung war der Verhandlungstag beendet, wir verabschiedeten uns mit Applaus und kurzen Sprechchören, wobei wir wieder den Unwillen der Richterin hervorriefen. Der ursprünglich vorgesehene Verhandlungstag am Freitag, den 30.09.94 fiel, wegen Verhinderung eines Beisitzers, aus. Es ging dann am Dienstag, 04.10.94 mit der Erklärung von Mehmet und den Stellungnahmen der anderen Gefangenen weiter.

HERZSCHLÄGE BULLETIN
Zeitung gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen



Infos/Termine

Donnerstag, 13.10., 18.30 Uhr, ARRANCA lädt ein! Lesung Nanni Balestrini, Mathe-Gebäude, TU Berlin
Montag, 31.10., 18 Uhr voraussichtlich im Roten Salon der Volksbühne: Lesung mit Mauricio Rosencof aus seinem neuen Roman
Weitere Veranstaltungen sind im Oktober geplant. Wir werden berichten.

Achtung! Bei den Prozeßterminen hat sich Einiges geändert!

Jeweils Dienstags und Freitags, 9 Uhr, Landgericht, Moabit, Turmstraße
14.10./18.10./25.10./01.11./04.11./08.11./11.11./15.11./18.11./22.11./25.11./29.11./02.12./06.12.

Besucht und beobachtet den Prozeß!

BERICHT VOM 3. PROZEßTAG

Die Anklageschrift bröckelt !

Am 3. Verhandlungstag, dem 4.10.94 begannen die Einlassungen zur Sache. Alle Gefangenen, die sich zur Sache äußern wollen, sollen zuerst gehört werden und danach zu einzelnen Tatkomplexen befragt werden. Den Anfang setzte Seyho. Er erklärte, daß die Anklage grundfalsch ist und er die dort gemachten Vorwürfe nicht auf sich und auf den zu Unrecht in Haft befindlichen Freunden sitzen lassen will. Sein Anwalt erklärte in seinem Namen, daß Seyho den Hergang schildern wird, aber keine Personen nennen will, die nicht im Verfahren sind und demzufolge keine Stellungnahme abgeben können. Seine politische Motivation, warum er zu dem Nazi-Treffen gegangen ist ,dokumentieren wir in der nächste Ausgabe des Bulletins.
Ausgangspunkt der ganzen Ereignisse war, nach Schilderung von Seyho, wie auch von Mehmet, daß der Onkel von Fatma gegen ca. 24.00 in eine Kreuzberger Kneipe kam und von einem Naziübergriff in besagtem Chinarestaurant erzählte. Dort wurde ein pakistanischer Rosenverkäufer von der am Tisch sitzenden Nazirunde übelst rassistisch beschimpft und entwürdigt. Er hatte sich eingemischt und wurde von den Nazis daraufhin bedroht. Zu diesem Zeitpunkt hatte Abidin bereits längere Zeit diese Kreuzberger Kneipe verlassen. Nach Schilderung des Vorfalls wurde ohne lange Diskussionen beschlossen, dorthin zu gehen und die Nazis aus der Kneipe zu schmeissen. In der Kneipe bekam Carsten Pagel eine Ohrfeige und sein Stuhl wurde unter ihm weggetreten, er verschwand dann unter dem Tisch. Es kam es dann zu einer heftigen Auseinandersetzung, als ein sehr großer Nazi mit Stühlen warf und mit einem Stuhl um sich schlug. Im Rauslaufen hat Seyho dem Wirt noch die Waffe aus der Hand geschlagen, auf dem Weg zum Auto hörte er zwei dumpfe Geräusche als würde geschossen werden und eine Fensterscheibe klirren. Er erfuhr erst am nächsten morgen aus dem Radio, daß es einen Toten gegeben hatte.
Als nächstes äußerte sich Carlo, der vorneweg drei Sachen erklärte:
1. er hat nicht mit einem Messer gestochen, er hatte keins dabei
2. er hatte keine Tränengaspistole, sondern eine Gassspraydose
3. Abidin war nicht dabei, er hatte ihn den ganzen Abend nicht gesehen
Carlo erzählte, wie er von dem Naziübergriff erfahren hatte und daß er beschloß, mit zu dieser Kneipe zu fahren, um was gegen die Nazis zu machen. Als er dann in der Kneipe war, bekam er mit, daß sie von einem bulligen Nazi zurückgeschlagen wurden. Er setzte daraufhin sein Tränengas ein. Er hat auch am nächsten morgen erst erfahren, daß es einen Toten gegeben hatte und war total erschrocken. Nach der Schilderung des Hergangs gab Carlo eine politische Erklärung ab (wir dokumentieren-sie in der nächsten Nummer)
Bazdin Yoldas schilderte bei seiner Beschreibung der Ereignisse in dem China-Restaurant, daß G. Kaindl, in dem Augenblick, als er vom Stuhl nach vorne kippte, eine Waffe in der Hand hatte. Er belastete eine nicht im Verfahren befindliche Person, daß sie zugestochen habe. Erkan belastete ebenfalls eine Person, daß er gesehen habe, wie sie zugestochen habe. Darüber hinaus könne er sich an fast nichts mehr errinnern, nur daß die Ermittelnde Staatsschützer in den Verhören "Sätze formuliert hätten und er mit ja oder nein geantwortet habe".
Als letzter kam Mehmet zu Wort, der eine persönliche Erklärung abgab, zu seiner ihm vom Staatsschutz und Staatsanwaltschaft zugewiesenen Führungsrolle bei Antifa Genclik:
er gehöre zu Antifa Genclik, er teile die Ansichten von Fatma und Abidin, sie haben versucht,öffentlich zu arbeiten, aber sie haben sich auch gegen Nazis zur Wehr gesetzt, die Beschreibung "Führer von Genclik" lehnt er ab, er fühle sich nicht so und es sei eine Beleidigung für alle, die mit ihm zusammengearbeitet haben. Er erklärte, daß er an diesem abend Abidin nirgends gesehen habe bzw. mit ihm zu tun gehabt habe. Er gab dann eine lange politische Eklärung ab (Wir dokumentieren), bevor er sich zum Sachverhalt äußerte. Mehmet hat sich im hinteren Teil der Kneipe aufgehalten und versucht den Wirt zu beruhigen. Als sie rausgelaufen sind, hörte er eine Scheibe zerbersten und zwei Schüsse. Er hat auch erst am nächsten Tag von dem Toten erfahren, er war überrascht und betroffen.
Nach dieser zusammenfassenden Anhörung der einzelnen Gefangenen wurden wir in die Mittagspause entlassen. Nach der Mittagspause wurde die Verhandlung mit der Befragung der Angeklagten zum ersten Tatkomplex (Kreuzberger Kneipe) fortgesetzt. Abidin erklärte, daß er zur Klärung seines Aufenthalts in jener Kreuzberger Kneipe einen förmlichen Beweisantrag stellen wird, da der Staatsschutz ihn vor 10 Monaten zu einem "Täter" gemacht habe, ohne, daß er damit was zu tun habe.
Danach mußte Seyho fast eine Stunde lang Rede und Anwort stehen. Seyho gelang es in hervorragender Weise, die Konstruktionen der Anklage zu widerlegen. Die Befragungenwerden am nächsten Verhandlungstag, dem 7.10.94 fortgesetzt.

Die Methoden des Staatsschutzes oder die Genese eines Mörders
Am 4. Verhandlungstag, dem 7.10.94 sollte es im wesentlichen um den weiteren Verlauf des Geschehens an jenem 3.April 1992 gehen. Dazu wurden die einzelnen Angeklagten weiterhin befragt.Nachdem Seyho noch einmal kurz zu Details in der Kreuzberger Kneipe befragtwurde, wurden die Fragen an Bazdin Yoldas gerichtet. Er bestätigte im wesentlichen die Aussagen von Seyho, was den Ablauf des Abends anging. Auf Nachfragen, wie die Unterschiede zu seinen polizeilichen Aussagen zustande kommen., schilderte er ausführlich die Verhörsituation beim polizeilichen Staatsschutz.
Er wurde am 2.Dezember 1993 zu hause morgens um 6.00 festgenommen, die festnehmenden Polizeibeamten seien hart und unverschämt gewesen, ganz im Gegensatz zu den Beamten des polizeilichen Staatsschutzes, die

BERICHT VOM 4. PROZEßTAG

außergewöhnlich nett waren und ihn geduzt haben. Seine erste Vernehmung dauerte von morgens 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr am nachmittag. Es gab ein mehrstündiges sogenanntes Vorgespräch. Am Anfang dieses Vorgesprächs erzählte Bazdin Yoldas ca. eine halbe Stunde den Sachverhalt, im Groben das gleiche, was er auch am Verhandlungstag zum Hergang schilderte. Danach wurden Bazdin die Aussagen des bereits Mitte November festgenommen Erkan Sönmez vorgehalten, er konnte auch einen Teil der Aussagen lesen. Er wurde daraufhin gewiesen, daß Erkan seine Aussagen unterschrieben hatte, darüber hinaus wurde ihm bedeutet, daß er, wenn er Aussagen macht, glimpflich wegkommt und nach Hause gehen kann. Die vernehmenden Polizeibeamten bestritten einen großen Teil der Zeit mit ihren Fragen, er hatte den Eindruck, daß es darum ging, daß seine Aussagen mit den Aussagen von Erkan übereinstimmen. Er verließ sich auch darauf, daß die Aussagen von Erkan schon richtig sind, und sagte bei einigen Fragen "Ja" oder "kann sein". Er hat zum größten Teil bestätigt, was der Staatsschutz vorgeschlagen hat. Nach diesen umfangreichen Vorgesprächen begab er sich dann mit den vernehmenden Beamten in einen weiteren Raum, wo dann von den Beamten die Sätze formuliert und niedergeschrieben wurden. Er sollte "nein"sagen, wenn was falsch war, er wollte zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich nur noch seine Ruhe haben, unterschrieb dann die Aussagen ungelesen und war sich der Tragweite seiner Aussagen nicht bewußt. Als er nach Akteneinsicht die Aussagen las, fand er vieles falsch dargestellt, was er heute auch in der Hauptverhandlung korrigiert hat.

Die heutige Hauptverhandlung hat den Staatschutz auf die Anklagebank gesetzt!

Die von der Staatsanwaltschaft offensichtlich politisch motivierte Anklage "gemeinschaftlicher Mord" ist mit dem heutigen Verhandlungstag weitestgehend demontiert.

Freiheit für die angeklagten Antifas!

"KAINDL"-PROZEß: ERKLÄRUNG VON ABIDIN

Hallo liebe leute hier sind die bisher im Prozeß gehaltenen Erklärungen, 3 weitere folgen noch, da sie noch nicht vorliegen

zum "Kaindl"-Prozeß

Prozeßerklärung von **Abidin Eraslam**

Die mir in der Anklageschrift gemachten Vorwürfe sind falsch. Ich war am frühen Morgen des 4. April 1992 weder in dem China-Restaurant "Jin Shan", noch in dessen Nähe. Ich war über die dortige Aktion nicht informiert und habe von dem Geschehen erst am nächsten Morgen gehört. Die gegenteiligen Behauptungen von Erkan Sömnez und Bazdin Yoldas sind falsch.

Richtig ist nur, daß ich mich als Antifaschist verstehe und bei Antifasist Genclik mitgearbeitet habe. Nachdem ich mich seit nunmehr über zehn Monaten in Untersuchungshaft befinde, will ich daher zumindest dazu etwas sagen.

Antifasist Genclik ist ein Zusammenschluß türkischer und kur-discher Jugendlicher und Erwachsener. Wir sind eine unabhängige und selbstbestimmte Initiative in Berlin lebender anti-faschistischer ImmigrantInnen ohne hierarchische Strukturen: wir verfolgen das Ziel, uns selbst zu organisieren, unsere In-teressen zu artikulieren, unsere demokratischen und politischen Ziele in Deutschland durchzusetzen.

Antifasist Genclik - und meines Wissens die gesamte anti-faschistische Bewegung - hat niemals und nirgendwo die Tötung von Nazis als Mittel des antifaschistischen Kampfs propagiert oder entsprechende Aktionen durchgeführt. Für uns ist der anti-faschistische Kampf kein Duell zwischen Nazis und Antifas: für uns ist er ein langfristiger politischer, ideologischer und sozialer Kampf mit dem Ziel einer breiten antifaschistischen Bewegung, da die Nazis nur so gesellschaftlich isoliert werden können. Wir sind weder Abenteurer noch Gewalttäter: wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der es keine Gewalt gibt, für eine Gesellschaft, in der kein Mensch wegen seiner Hautfarbe, wegen seines Geschlechts, wegen seiner Sexualität diskriminiert oder unterdrückt wird.

Natürlich sind wir ImmigrantInnen heute durch den ständig wachsenden Rassismus und die sich verstärkenden faschistischen Tendenzen gezwungen, unser Leben, unsere Menschenwürde, unsere Zukunft zu verteidigen. Das immer tiefer in die Gesellschaft eindringende rassistische Gedankengut und seine Folgen sind für die deutsche Gesellschaft ein zentrales Problem: für uns ImmigrantInnen handelt es sich um die Überlebensfrage.

"KAINDL"-PROZEß: ERKLÄRUNG VON ABIDIN

Verharmlosung, der Tolerierung und der Förderung von Rassismus und Neofaschismus. Während der ganze Staat seinerzeit gegen die Rote Armee Fraktion mobilisiert wurde, wird angesichts der neofaschi-stischen Herausforderung nur melodramatisch angekündigt, das Problem anpacken zu wollen. Der deutsche Staat sorgt sich heute nicht um die Opfer seiner rassistischen Politik, sondern nur noch um sein Ansehen im Ausland. Der Staat hat den Boden für das bereitet, was wir heute täglich hören: "Deutschland den Deutschen ! Ausländer raus ! Stoppt den Asylantenstrom !" Deutsche Politiker machen sich rassistische Parolen zu eigen, vor politischer Verfolgung und sozialem Elend fliehende Menschen werden als Scheinasylanten verunglimpft, die aus-länderrechtlichen Sondergesetze in immer kürzeren Intervallen verschärft. Obwohl wir ImmigrantInnen seit dreißig Jahren in Deutschland leben und zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind wir von den elementarsten Bürgerrechten wie etwa dem Wahlrecht ausgeschlossen, wird unsere Sprache und Kultur nicht akzeptiert, sind wir Sondergesetzen unterworfen. Es gibt in dieser Republik rechtlich privilegierte Menschen - Deutsche genannt - und rechtlich diskriminierte Menschen - Ausländer genannt -, und die Unterscheidung erfolgt allein nach ethnischen Kriterien.

Deshalb müssen wir ImmigrantInnen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und für unsere politischen Rechte, für unsere Menschenrechte, für unser Lebensrecht selbst kämpfen. Wir wollen zusammen mit allen demokratischen Deutschen gegen Rassismus, Faschismus und Nationalismus kämpfen. Wir wollen nicht schweigen und wie unsere Eltern alles hinnehmen.

Um in dieser Gesellschaft zu überleben, müssen wir ImmigrantInnen und Antifaschisten uns wehren. Sich wehren heißt, dem rassistischen und faschistischen Terror ent-schlossen entgegenzutreten. Sich wehren heißt, nicht auf die Angriffe der Nazis zu warten, sondern zu verhindern, daß sie ihre Strukturen ausweiten können. Es ist richtig und notwendig zu verhindern, daß die Faschisten auf den Straßen marschieren. Es ist richtig und notwendig zu verhindern, daß sie ihre men-schenfeindliche Propaganda verbreiten. Wenn dem menschenver-achtenden rassistischen und faschistischen Terror nicht heute entschlossen entgegen getreten wird, ist es morgen zu spät.

Deshalb sage ich: Widerstand jetzt! Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus ist notwendig und gerecht! Auf die Anklagebank gehören die Nazis, aber keine Antifaschisten.

Abidin Eraslan. September 1994

"KAINDL"-PROZEß: ERKLÄRUNG VON FATMA

Prozeßerklärung von **Fatma Balamir**

Wir stehen hier heute vor Gericht und werden des "gemeinschaftlichen Mordes" an einem faschistischen Kader, sowie wegen sechsfacher gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Zur Begründung des schweren Vorwurfs heißt es in der Anklageschrift, daß das Motiv "politisch motivierter Haß" sei.
Gestützt auf die Aussagen eines 17jährigen, der sich seit längerem in einer Nervenheilanstalt befindet.
Allein diese Tatsache zeigt, daß es einzig im Interesse des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft ist, uns als aktive Antifaschistinnen, Migrantinnen zu kriminalisieren, einzuschüchtern und abschreckende Urteile zu erwirken, die stellvertretend für all diejenigen geltend gemacht werden sollen, die sich als Migrantinnen, Flüchtlinge, Obdachlose und Behinderte mit ihrer Opferrolle nicht abfinden wollen.

Wir stehen hier in erster Linie als Immigrantinnen und gleichzeitig als aktive Antifaschistinnen vor Gericht, uns als Betroffene von Brandstiftungen, Morden, Pogromen durch rassistische Totschläger und Neonazis, wird das Motiv "politisch motivierter Haß" zugrunde gelegt.

Von einem Gericht, daß eine Nebenklage zuläßt, die damit begründet ist, daß die betreffende Person "seelischen Schaden" davon getragen hätte, von einer Person, die durch ihre Aktivitäten in der faschistischen Partei Deutsche Liga verantwortlich ist für mehr als 60 Tote (Morde) und tausenden von Angriffen auf Flüchtlinge und Immigrantinnen. Von einer Person, die durch ihre Propaganda, Hetzschriften und menschenverachtende Politik nicht nur dafür sorgt, daß wir Immigrantinnen, Flüchtlinge von den Angriffen, Ereignissen "seelischen Schaden" davon tragen, sondern nicht mehr unseres Lebens sicher sind.

Von einer Justiz, die nur aus Deutschen besteht, weder dem Rassismus in diesem Land ausgesetzt ist, noch sich jemals durch die Ereignisse und dem Klima bedroht fühlt, doch seiner deutschen Tradition treu die Verhältnisse in diesem Land umdreht, aus uns eine brutale Mörderbande zu konstruieren versucht und aus den Nazis arme Opfer macht, mit Urteilen wie im Falle des Auschwitz-Leugners Deckert auch auf der juristischen Ebene Angriffe, Pogrome, Morde an uns Immigrantinnen und Flüchtlingen legitimiert, somit die gesellschaftlichen Bedingungen für uns völlig ausblendet.

Wir leben in einem Land,
- in dem es seit der Wiedervereinigung mehr als 60 Tote (Morde) und mehr als 10000 gewalttätige Angriffe auf Migrantinnen, Flüchtlinge, Obdachlose und Antifaschistinnen gibt.
- in dem Naziaufmärsche, Veranstaltungen geduldet und durch die Polizei, Justiz und die Politiker unterstützt werden.
- in dem Menschen wegen ihrer Hautfarbe und Herkunft von rassistischen Totschlägern auf der Straße gejagt und zu Tode getreten werden, hunderte von Menschen, bzw. Deutsche daneben stehen und die Angreifer begeistert beklatschen und bejubeln.
- in einem Land, in dem wir tagtäglich auf Behörden, Schule, Arbeit und auf der Straße

"KAINDL"-PROZEß: ERKLÄRUNG VON FATMA

Der rassistische und faschistische Terror richtet sich in erster Linie gegen uns ImmigrantInnen, mehr und mehr aber auch gegen Deutsche, für die in einem "arischen Weltbild" kein Platz ist. Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle, Demokraten, Huma-nisten und Antifaschisten werden zunehmend terrorisiert. Auf offener Straße wird Jagd auf ImmigrantInnen gemacht, Überfälle in S- und U-Bahnen sind alltäglich geworden, Häuser werden in Brand gesetzt, Menschen ermordet. In den letzten Jahren sind fast hundert Menschen bei rassistischen und faschistischen Angriffen getötet worden, tausende wurden verletzt, ganz zu schweigen von den täglichen Diskriminierungen, Erniedrigungen und Angriffen auf unsere Menschenwürde. Wir ImmigrantInnen leben mit der täglichen Angst vor körperlichen und psychischen Angriffen. Viele von uns haben Angst, nachts auf die Straße zu gehen, wachen nachts mit Alpträumen auf.

In einer solchen Situation ist es gerecht und legitim, gegen den rassistischen und faschistischen Terror Widerstand zu lei-sten. Angesichts der Angriffe auf unsere Menschenwürde und unser Leben wollen wir ImmigrantInnen nicht tatenlos auf den Zeitpunkt warten, in dem wir wie Schafe ins Schlachthaus geführt werden: die Ermordung von Millionen Menschen während der Nazibarbarei darf sich nicht wiederholen.

In diesem Sinne versuchen ImmigrantInnen, antirassistische und antifaschistische Initiativen ihrer Verantwortung nachzukommen. Der antirassistische und antifaschistische Kampf ist notwendig. Wir ImmigrantInnen dürfen nicht darauf warten, angegriffen zu werden: wir müssen solche Entwicklungen bereits im Vorfeld auf-halten. Wenn die mörderische faschistische Propaganda immer dreister verbreitet wird, wenn Rassisten sich versammeln, um Flüchtlinge oder fortschrittliche Projekte anzugreifen, dann dürfen wir nicht zuschauen. Wir wollen nicht die Toten in den deutschen Statistiken von morgen, die Juden von übermorgen sein. Dies ist auch unser Land, und dieses Land darf nicht ein zweites Mal von Faschisten in eine Katastrophe geführt werden.

So wie der Naziterror vor fünfzig Jahren nicht mit dem Wider-stand dagegen auf eine Stufe gestellt werden darf, so wie der deutsche Eroberungskrieg nicht mit der Befreiung Deutschlands gleichgesetzt werden darf, so unterschiedlich sind heute der menschenverachtende rassistische Terror und der gerechte Kampf gegen die faschistischen Mörderbanden.

Das Versagen des deutschen Staates bei dieser Aufgabe ist offensichtlich. Der Nationalismus und die Großdeutschtümelei der letzten fünf Jahre gingen einher mit der diskriminiert, angepöbelt und bedroht werden, die Grenzen für Menschenwürde, Recht und das Recht auf Leben seit langem nicht mehr existieren.

- die traurigen und zugleich erschreckenden Bilder, für viele Menschen, doch für uns Immigrantinnen, Flüchtlinge eine real existierende Bedrohung, in Rostock, Hoyerswerda, Mölln, Solingen, wo Menschen im Schlaf angezündet und ermordet werden, wo eine Horde von Neonazis und rassistischen Totschlägern mit einer großen Zustimmung eines Teils der Bevölkerung tagelang versucht, mehr als hundert Flüchtlinge im Feuer zu begraben.
- eine Polizeihundertschaft, die schweigend und im stillen Einverständnis mit den Mördern sich zurückzieht und zuschaut. Die gleiche Polizei, die, wenn es um antifaschistische Demonstrationen, Veranstaltungen geht, sehr wohl *ihre* Macht demonstrieren kann, in dem es eine Menschenmenge knüppelschwingend auseinanderhauen kann und dies in der Presse als einen Erfolg gegen sog. Linksextremisten und Chaoten verlauten läßt.
- Die Reaktion dieses Staates, der Politik und Medien öffentlich um Verständnis für die Ängste und sozialen Probleme der Angreifer, Mörder, Brandstifter zu werben, das Asylrecht zu verschärfen bzw. abzuschaffen und im Ergebnis die Opfer aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit zu den eigentlichen Tätern erklärt.
- in dem etablierte Parteien diese rassistischen-faschistischen Ereignisse zum Anlaß nehmen, wie mit Parolen "das Boot ist voll", Asylantenschwemme" und "wir sind auch gegen das Wahlrecht für Ausländer" für deutsche Wählerstimmen zu werben.

Rassismus und Gewalt gegen Minderheiten hat in diesem Land viele Gesichter, sie fängt mit Diskriminierung, Ausländergesetzen, Asylantengesetzen durch die Politik dieses Staates an und endet mit rassistischen Pöbeleien auf der Straße, Behörden, Schule, Arbeit und bedroht unser Leben.

Jeder der/die in diesem Land lebt und diese Ereignisse schweigend hinnimmt, billigt und unterstützt auch die militanten, rassistisch-faschistischen Angriffe in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen und vielen anderen auf Flüchtlinge, Immigrantinnen, auf unser Leben, Würde und erklärt uns als lebensunwert.

So sieht unsere Realität aus, mit einer Gewalt in der Politik und auf der Straße konfrontiert, die keine Grenzen mehr kennt, ist es für uns Migrantinnen, Flüchtlinge und für alle anderen Minderheiten wichtig und lebensnotwendig, uns zu organisieren.
In einem Klima der zunehmenden Gewalt von rechts, der Rechtlosigkeit für Minderheiten, Ausgrenzung, Diskriminierung und der Bedrohung auf unser Leben, hat sich die Initiative Antifasist Genclik (Antifaschistische Jugend) gegründet. Gegründet von Menschen verschiedener Generation, in der auch ich (Fatma) aktiv bin. Antifasist Genclik ist eine offen und legal agierende Initiative, sie ist weder hierarchisch strukturiert, noch gibt es Menschen, die sich als Anführer begreifen oder es in dem Sinne praktizieren.
Der Schwerpunkt unserer Antifaschistischen Arbeit liegt darin, durch eine längerfristige politische Arbeit mit Migrantinnen, antifaschistischen Initiativen, allen humanitär und demokratisch eingestellten Menschen gemeinsam, unsere sozialen und politischen Interessen zu verteidigen und sie durchzusetzen.
Antifasist Genclik versucht durch eine gezielte politische Arbeit, speziell die Probleme der hier lebenden Migrantinnen, unserer Eltern, Familien, Jugendlichen, aufzugreifen und sie beim Namen zu nennen, eine breite Öffentlichkeit zu organisieren, die mit uns zusammen unsere Forderungen nach doppelter Staatsbürgerschaft, Wahlrecht für Immigrantinnen, Gesetze gegen Diskriminierung und Ausgrenzung durchzusetzen, indem wir Veranstaltungen, Demonstrationen organisieren und eine Zeitschrift herausgeben.

"KAINDL"-PROZEß: ERKLÄRUNG VON FATMA

Neben Demonstrationen und Veranstaltungen finden wir es wichtig und notwendig, nicht länger bereit zu sein, sich zu verstecken, wenn Neonazis auf der Straße marschieren, Veranstaltungen abhalten und ihre menschenverachtende Politik verbreiten, sondern gemeinsam hingehen, sie zu stören und es zu verhindern. Denn wir haben früh genug lernen müssen, daß nur ein entschlossenes Entgegentreten im Vorfeld, die Ausbreitung faschistischer Organisierung und Angriffe verhindern kann / wird.
Wir begreifen uns als einen Teil der antifaschistischen Bewegung in Deutschland. Weder die Antifaschistische Bewegung in Deutschland, noch die eigenständige und unabhängige Initiative Antifasist Genclik, haben es sich zum Ziel gesetzt, propagiert oder entsprechende Aktionen durchgeführt, die bewußt zum Tode eines Neonazis führen sollten, jeder Tod eines Menschen ist nie ein angestrebtes oder auch nur gebilligtes Resultat von antifaschistischen Aktionen.

- Wir lehnen mit aller Härte die gemeinschaftliche Mordtheorie der Staatsanwaltschaft und des Staatsschutzes ab, eine Theorie, die durch manipulierte Aussagen und unter dubiosen Umständen zustande gekommen ist. Diejenigen, die uns heute hier als Mörder und Gewaltäter verurteilen wollen, verurteilen alle Menschen, AntifaschistInnen, die für ein Leben kämpfen, in der jeder, egal, welcher Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht leben kann, ohne Ausgrenzung, Diskriminierung und Angst.
- Wir hoffen, daß die Interessen der StA, Staatsschutz und Politik uns für Jahre in den Knast zu stecken, nicht aufgehen wird.
- daß eine breite, antifaschistische Öffentlichkeit uns in unseren Forderungen und der Legitimität des antifaschistischen Kampfes nicht allein lassen und unterstützen wird
- Und wir sagen noch einmal:
der Kampf gegen Faschismus, Sexismus und Rassismus ist gerecht und notwendig!
- Wir grüßen alle Menschen, AntifaschistInnen, Initiativen, die uns seit Monaten nicht allein gelassen haben und uns unterstützt haben, unsere Freilassung gefordert haben und werden!

Fatma Balamir, September 1994

liebe leute!
ostern 95 wird aller vorausicht nach in berlin der sog. autonomiekongress der "linksradikalen undogmatischen bewegungen" stattfinden. wir, die kunst kultur fun und aktion AG stellen uns für den kongress folgendes vor :
kunst und kultur sollen nicht nur als begleitprogramm und erholung von unseren polittheorieveranstaltungen stattfinden. wir wollen auf dem kongress platz für disskusionen zur kritik an "autonomer kultur", zur autonomen kulturkritik und zum stellenwert von alltagskultur.
es soll ein kulturprogramm auf dem kongress geben, das veranstaltungen (konzerte theater videos kunstaustellungen...etc.)beinhaltet genauso wie workshops.
für das, was an "aktion" nach "außen" dringen (aktionen am letzten tag...),wollen wir im sinne des oben gesagten künstlerische/gestalterische aktionsformen ind ideen einbringen.
es wäre toll, wenn es gelingen könnte, im vorfeld kulturschaffende und politcheckerInnen aller teilbereiche zusammenzubringen, denen die unzufriedenheit an der politisch-kulturellen einöde gemeinsam ist.
also überlegt euch ob ihr euch mit beiträgen und ideen zur kultur an der vorbereitung beteiligen wollt und kommt am MONTAG den 31. OKTOBER um 20 uhr
in den BLAUEN SALON (mehringhof, gneisenaustr.2a)

bis dann !



Stell Dir vor es ist Revolution und keiner geht hin !

BERICHT AUS FRANKFURT (O)

Ein halbes Jahr Frankfurt (Oder)

Ganz Frankfurt wird von Stumpfsinnigkeit, Spießertum und langer Weile beherrscht !
Ganz Frankfurt ?
Nein, eine kleine tapfere Schar aus dem am 1.Mai besetzten „Kießling Haus" leistet Widerstand.
In diesem Sommer haben wir einigen Leuten den Spaß verdorben.

14.09.1994 KK (König Kohl)beglückt uns mit seinem Besuch

Sonderlich wohl hat sich KK in Frankfurt noch nie gefühlt. Dabei hatten sich die Frankfurter wirklich Mühe gegeben, Transpies und Fahnen verschönerten den Platz. Zur Feier des Tages hatten die Bewohner des anliegenden Wohnhauses ihre Balkons mit roten Fahnen geschmückt. Ein Fanfarenzug (1 Fanfare+eine Trommel) kämpfte tapfer gegen die Bullenbigband. Vereinzelte Eier und Birnen (die in der Presse zu Steinen wurden) sorgten für etwas Bewegung auf dem Platz hinter den Zäunen (nur für ca. 300 KK-Fans). Von Kohls Rede konnten die aber nicht viel hören, denn der Pöbel - 150 „rotlackierte Faschisten", denen KK ganze 20 min seiner Redezeit opferte, boten ein buntes Programm aus Sprechchören und Pfeifkonzerten. Die restlichen 2000 Anwesenden störte das wenig, einige beteiligten sich sogar spontan.

22.9.-25.09.1994 EU Wirtschaftsminister in FfO

Klein aber fein war die Begrüßung der oben Erwähnten mit ca. 80 Leuten vor dem Frankfurter Rathaus. Negativ aufgefallen ist die fürstenwalder Band „Spielwut", die es sich nicht verkneifen konnte für die Europa- Bonzen aufzuspielen. Dieser Abend war der gelungene Auftakt zum Infowochenende
„Europa wächst von unten" (siehe Interim Nr. 300)
Sonntag gab´s dann noch ne´ Demo mit ca. 100 Leuten. Die Stimmung war trotzdem ganz gut.

5.10.1994 Kanter kommt nach Frankfurt

Am 5.10. wurde der gute toitsche Innenminister Kanter von uns begrüßt. Er wollte, tat es dann auch, 4 neue BGS Boote taufen. Von mageren 30 (!) Zuschauern waren diesmal nur noch 15 AntifaschistenInnen. Dementsprechend bescheiden die Aktion. Nach einer sehr interessanten Diskussion mit Harry Müller (einem netten BGS Bullen mit 3 grünen Punkten am Ärmel), der uns doch wirklich die Trillerpfeifen+Sprechchöre verbieten wollte, kam es zu Handgreiflichkeiten. Ein Antifaschist wurde zusammengetreten, ein anderer bei dem Versuch das zu fotografieren mit CS angegriffen. Ein weiterer wurde des Platzes verwiesen, unterstützte uns dann aber von der Oderbrücke weiter, bis ihn die polnischen Bullen abführten.

irgendwann im Juli

Einem Zeitungskiosk der PSG wird aufgrund des Angebotes von neofaschstischen Zeitungen das Lebenslicht ausgeblasen. Die Aktionsgruppe „Roter Hahn" bekennt sich zu diesem antifaschistischen Angriff. Es folgen weitere Sabotage - Akte gegen die PSG und ihre Kioske.

irgendwann im August

Ein Daimler brennt mitten in Frankfurt. Die neugegründete Volkxsportgruppe hatte ihr erstes Trainingsobjekt gefunden.

während des Wahlkampfes

Die CDU kann aufgrund vermehrter Lagerfeuer im Stadtbereich jeden Tag neu die häßlichen Pappbildchen aufhängen. Die Republikaner gaben nach 2 Säuberungsaktionen resigniert auf.

Alles in allem ein recht aktionsreicher Spätsommer. Frankfurt ist aus der Lethargie erwacht. Aber die wirklich „umfangreiche Unterstützung" von außerhalb macht uns das Kämpfen immer schwerer !
„Mit den paar Hanseln wollt ihr was ausrichten ?!" Zitat eines BGS Bullen bei Kanter.
Zu allen Aktionen und Veranstaltungen wurden brandenburger und berliner AntifaschistenInnen eingeladen.
Gekommen ist keiner !
Um aber wirkungsvoll gegen Rassismus, Faschismus und Staat vorgehen zu können brauchen wir dringend Hilfe.
Die Nazis in der Stadt erweitern ihre Strukturen immer mehr.
Der BGS kann ungehindert gegen Flüchtlinge vorgehen.
Wenn wir in diesem Land überleben und kämpfen wollen, müssen wir zusammenhalten.
Unser Kampf ist auf Solidarität angewiesen. Nur gemeinsam sind wir stark !!

AntifaschistenInnen aus Frankfurt (Oder)



KRIMINALISIERUNG WEGEN TRANSPARENT ZUM 20. JULI

Am 30. Juli 94 beschlagnahmte die Polizei ein Transparent, das seit zwei Wochen aus dem 1. Stock der Liebigstr. 34 hing. Die Begründung lautete, das Transparent würde das Andenken Verstorbener verunglimpfen. Auf dem Stück Stoff stand:

Stop der Geschichtsverdrehung
- 20. Juli -
Stauffenberg war ein Faschist!

Knapp zwei Wochen später bekamen die Bewohnerin und der Bewohner der Wohnungen, aus denen das Transparent hing, das erste Mal polizeiliche Vorladungen vom Staatsschutz: Sie sollten als Zeugin und Zeuge in einem Verfahren gegen „Unbekannt" aussagen. Beide erschienen nicht.
Am 1.9., drei Wochen nach der ersten Vorladung, erhielten beide einen Drohbrief von der Staatsawaltschaft, in dem es heißt: „*Falls ich Sie zur Vernehmung lade, sind Sie verpflichtet zu erscheinen und, falls Sie keinen gesetzlichen Verweigerungsgrund haben, auch auszusagen. (...) Falls Sie dies nicht tun, müssen Sie damit rechnen, daß ich Sie lade und Ihr Erscheinen und, falls rechtlich zulässig, Ihre Aussage mit den gesetzlichen Mitteln erzwinge. Hochachtungsvoll Sauer Staatsanwältin*" Der Brief enthielt, neben der impliziten Aufforderung, die Aussagen bei der Polizei zu machen, eine Aufzählung der Zwangsmöglichkeiten: „*Ordnungsgeld, Ordnungs-oder Erzwingungshaft (...) Ferner kann ich anordnen, daß die Polizei Sie mir zwangsweise vorführt.*"
Wieder knapp drei Wochen später erhielten beide die zweite Vorladung von der Polizei, wieder als Zeugin bzw. Zeuge in dem Ermittlungsverfahren. Beide gehen selbstverständlich nicht hin.
Wir sehen als Hintergrund für die ZeugInnenvorladung, daß es bei einer staatsanwaltschaftlichen Vorladung juristisch schwieriger sein wird, die Aussage einfach zu verweigern.

Das Transparent wurde einige Tage vor dem 20. Juli 94 aufgehängt, um der Geschichtsverdrehung etwas entgegenzusetzen, die gerade um den 50. Jahrestag des Putschversuchs eine bisher ungekannte Widerwärtigkeit angenommen hatte.
Erinnern wir uns:
Zu diesem Datum wurde versucht, entgegen allen historisch bekannten Fakten, den Putschversuch vom 20. Juli in „Widerstand" umzulügen. Folglich darf Stauffenberg, einer der Putschisten, auch kein Faschist gewesen sein. Mit diesem 50. Jahrestag wollte ein Großteil der Deutschen das Erbe der „Widerstandskämpfer" des 20. Juli antreten, denen es in erster Linie um eine Reform des Nationalsozialismus ging und nicht um das Ende des NS-Systems. Stattdessen wollten sie, um „Deutschland" zu retten, einen Separatfrieden mit den Westmächten abschließen, um gemeinsam gegen die UdSSR zu ziehen und den Faschismus in Deutschland abzusichern. Die „Endlösung der Judenfrage" gehörte auch zum Programm der überzeugten Antisemiten, nur wollten sie sie anders lösen, als die Nazis bisher: Sie griffen auf das alte Konzept der Deportation der jüdischen Bevölkerung auf andere Kontinente zurück. Diese Leute zu ehren, hat die Funktion, Deutschland wieder eine kontinuierliche vorzeigbare Geschichte zu geben, die die 12 Jahre des NS-Regimes nicht aussparen muß.

Wir fragen: War Stauffenberg kein Faschist?
War jemand, der das NS-System fast bis zum Schluß in hohen militärischen Funktionen stützte und Mitglied der NSDAP war, kein Faschist?
War jemand, dessen Ziel eine militaristische aggressive Großmacht Deutschland in einem deutschen Europa war, dessen innenpolitische Vorstellungen sich kaum von denen der Nazis unterschieden, der das politische Programm des Antisemiten Gördeler unterstützte, kein Faschist?

Die Bezeichnung „Faschist" ist keine Beschimpfung, sondern eine politische Kategorie. Das haben Staatsschutz und Staatsanwaltschaft wohl begriffen. Es geht ihnen nicht darum, daß das Andenken Verstorbener verunglimpft würde. Vielmehr soll die Bezeichnung „Faschist" von ihrer politischen Bedeutung abgetrennt werden, um die typischen Inhalte des deutschen Nationalismus - Militarismus, Antisemitismus, Rassismus und Antikommunismus - Ideologien die zwar nicht faschistisch sein müssen, aber sich auch nicht klar vom Faschismus abgrenzen lassen - auf breiter Ebene durchzusetzen. Sehr lesenswert ist hierzu das Papier des Antinationalen Plenums Hamburg zum 20. Juli (Interim Nr. 297). Wir meinen, daß es eine Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener ist, wenn Stauffenberg, Gördeler und Co. als „Widerstandskämpfer" bezeichnet werden - zusammen mit denen, die wirklich ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus verloren haben oder von den Deutschen ermordet wurden.

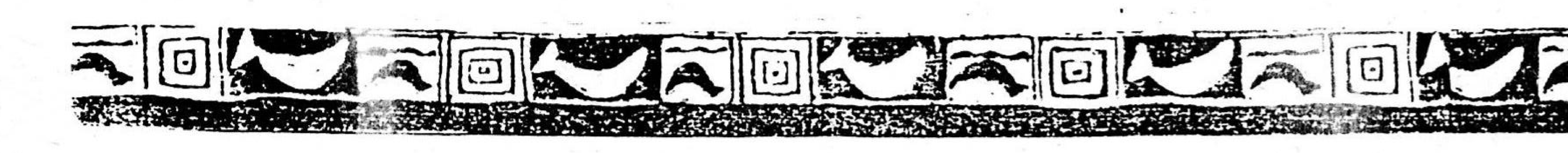
Der Versuch, Aussagen zu kriminalisieren, die sich gegen die Geschichtsverdrehung richten, zeigt auch, wie ernst es ihnen ist, dieses Geschichtsbild durchzusetzen. Das neue Deutschland, das um internationale Anerkennung ringt, konnte die vielfältige Kritik, die es an den Feierlichkeiten zum 20.7.94 gab, nicht verhindern. Diese Kritik soll in Zukunft nicht mehr öffentlich geäußert werden können. Wir gehen jetzt an die interessierte Öffentlichkeit, um die Zensur der Aussage, daß Stauffenberg ein Faschist war, zu durchbrechen.

Kein Vergeben - kein Vergessen!

AK Kassiber, 3.10.94

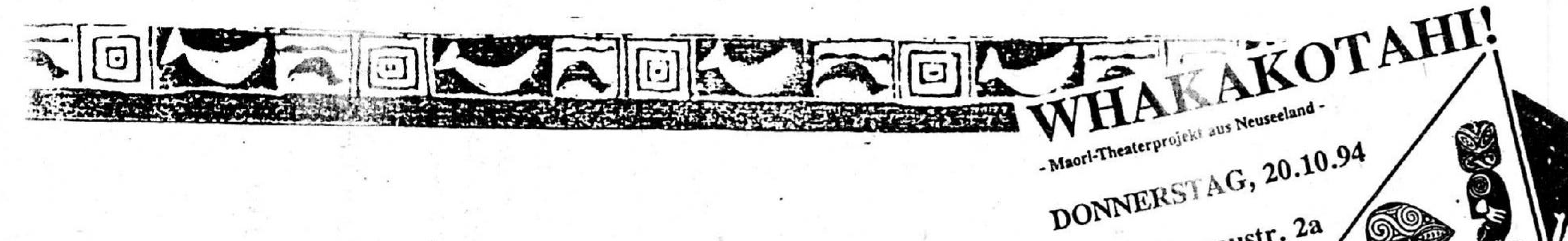
DAS MAORI-THEATERPROJEKT

Riesige Schafherden vor einer wunderschönen Landschaft, ein "zivilisiertes" Land mit "integrierten Ureinwohnern" beschreiben unsere Vorstellungen von der fernen Insel Neuseeland. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Seit Mitte der 60er Jahre gibt es Bestrebungen in Neuseeland, durch Theater die Situation der Maori als heutige Minderheit aufzuarbeiten und darzustellen.
Besonders erfolgreich ist die Theatergruppe TE OHU WHAKAARI aus Wellington. TE OHU WHAKAARI ist eine Gruppe von jungen Künstlern, die kollektiv ihre Stücke erarbeitet. Für den theatralischen Ausdruck verwenden sie traditionelle Elemente des Tanzes, Gesangs und des Rituals in Verbindung mit zeitgenössischen Inhalten. Ihre Themen sind aus dem Maori-Alltag gegriffen
Als Teilnehmer auf internationalen Festivals in Neuseeland und aus der Zusammenarbeit mit verschiedensten Organisationen – Television New Zealand und Theatern wie Downstage Theatre – hat TE OHU WHAKAARI ein Ansehen erlangt, daß mittlerweile über die Landesgrenzen hinausgegangen ist: 1994 hatte die Gruppe mit ihrer letzten Produktion "Hide 'n' Seek" auf dem internationalen Theaterfestival in Adelaide/Australien spektakulären Erfolg.



ZUR HANDLUNG:

Spannungen, Konflikte, Blockade: Die Welt ist aus den Fugen! Doch die großen Heraus-forderungen der Gegenwart und Zukunft brauchen die Zusammenarbeit aller - so sehen es jedenfalls die Götter, die das Geschehen voll Sorge betrachten. Sie greifen ein, geben vier Jugendlichen "ihrer" kulturellen Herkunft eine gemeinsame Aufgabe zu lösen. Doch diese, gefangen in ihrer kleinen Welt, versagen. Was tun? Da haben die Götter eine glänzende Idee: Sie nehmen die Jugendlichen mit auf eine Reise durch die Zeit ...



WHAKAKOTAHI

Im Stück *WHAKAKOTAHI* werden zeitgnossische Aspekte im Alltagsleben verschiedener Bevölkerungsgruppen Neuseelands mit modernen und traditionellen Elementen aus Musik, Gesang und Tanz veranschaulicht.
Bühnensprache ist Englisch und Maori. Handzettel werden vor der Aufführung verteilt.

ZUSAMMENKUNFT

LINKE OPPOSITION IN MOSKAU

ZWISCHEN STALINISMUS UND SUBKULTUR

ZWEITEILIGES DOKUMENTARVIDEO, 150 MIN., BERLIN 1994
DEUTSCH SYNCHRONISIERT
MUSIK VON MONGOL SHUUDAN U.A.

Moskau, Herbst 1992. Seit genau einem Jahr hat die Sowjetunion aufgehört zu existieren. Auf der Suche nach einer neuen linken Opposition wird in diesem Film die politische (und subkulturelle) Landschaft der nunmehr russischen Hauptstadt vorgestellt. Da sind das Unabhängige Frauenforum, die Partei der Arbeit, die Moskauer Gewerkschaftsföderation, die syndikalistische Gewerkschaft SMOT, die Russische Kommunistische Arbeiterpartei, das Antifaschistische Zentrum, verschiedene anarchistische Gruppen, das von Künstlern besetzte Haus "bjelka", der Rockclub "Sexton FOZD".

Die AktivistInnen stellen selbst die Arbeit ihrer Projekte vor, schildern ihr Verhältnis zur ehemaligen Sowjetunion (zum Stalinismus, zur Perestroika, zur Zeit ihrer illegalen Tätigkeit) und analysieren die aktuelle politische Situation. Besondere Aufmerksamkeit richtet der Film auf das Erstarken von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Zusammenarbeit von Kommunisten und Faschisten. Der Film enthält schließlich einen Nachtrag zu der von Jelzin militärisch durchgesetzten Parlamentsauflösung im Oktober 1993.

Der hauptsächlich auf Interviews basierende Film dauert 2 1/2 Stunden. Zwischendurch gibt es eine Pause.

Die beiden Filmemacher werden anschließend für Fragen zur Verfügung stehen.



SAMSTAG 15.10.
20 UHR
EX
GNEISENAUSTR. 2A

MONTAG 17.10.
20 UHR
YORCKSTR. 59
HH 2.ETAGE

NACHTRAG ZU BREMEN

Damit Bremen kein Einzelfall bleibt - Nachtrag zu Bremen

Erstmal viele liebe Grüße und tausend Dank an alle BremerInnen, die den 3. Oktober vorbereitet haben - es hat sich gelohnt und es hat Spaß gemacht.
Wie schon "ein autonomer" in der Nummer 302 sehr eindrücklich die Ereignisse und die Stimmung wiedergibt, haben auch wir, trotz einiger Wermutstropfen, Bremen mit viel Power und Energie verlassen.
Ungeachtet aller Spekulationen über die tatsächliche BÜtteltaktik (sie haben sich auffällig oft planlos verhalten) und was sie damit in der Öffentlichkeit vermitteln wollen, sind nachträgliche Gedanken über unser politisches Vorgehen für die Zukunft notwendig. Denn wir werden noch häufiger mit Situationen wie Bremen (starke Bullenpräsenz, Medienhysterie, Demoverbote, etc.) konfrontiert sein. Als Erfolg werten wir einmal, daß wir unser Demonstrationsrecht offensiv durchsetzen konnten, weil eine intakte, langfristige und entschlossene Vorbereitung vorhanden war. Desweiteren konnte trotz der belagerungsähnlichen Situation unser Widerstand gegen die scheinheiligen Einheitsfeiern deutlicher kaum ausfallen(obwohl noch viel mehr möglich gewesen wäre wahrscheinlich,gerade bei intensiverer Vorbereitung der Leute von ausserhalb)Das Selbstvertrauen und die Entschlossenheit der BremerInnen haben vielen ein gutes Gefühl vermittelt,was so wichtig scheint,werden doch viele Kämpfe ganz wesentlich schon vorner im Kopf gewonnen/verloren:Vertrauen wir auf unsere Stärken verdammt,das ist viel wert.Nichtsdestotrotz haben Staat und Bullen der Bremer Infrastruktur zugesetzt und werden versuchen dies auch weiter fortzusetzen (Beschlagnahmungen von Telefonen, etc. während des Wochenendes, drohende Ermittlungsverfahren und Prozesse, Diskussionen über Mittelkürzungen für Projekte, die den Aufruf mitunterschrieben haben).Solidarische Hilfe aus anderen Städten ist angesagt!
Im Gegensatz zur allgemeinen (Latsch)Demo-Lethargie, war Bremen gerade durch die kontinuierliche Vorbereitung ein schon lange nötiges highlight, daß dann auch auf uns als TeilnehmerInnen gewirkt hat und uns gerade für die nächste Zeit einen produktiven Kick verpasst hat.Bremen war auch auf der allgemeinpolitischen Ebene aktuell sehr wichtig,was die Ausweitung des Demonstrationsverbotes betrifft.Was in Berlin beim "Zapfenstreich" im September nicht möglich war, nämlich dem staatlichen Angriff seine Grenzen zu zeigen,hat in Bremen geklappt. Die nächste Zeit wird zeigen,ob wir da dran bleiben und versuchen jedes Demoverbot ,pfiffig und militant,wie wir nunmal sind,mit Alternativkonzepten zu verhindern.Eine Verbotsverfügung muß für die HERRschenden das Risiko einer großen Mobilisierungskraft unsererseits haben.Ansonsten sehen wir schon,daß viele Demos aus unterschiedlichsten Gründen verboten werden...
Wir wünschen uns für die Zukunft sowohl für Vorbereitungsgruppen als auch für TeilnehmerInnen Klarheit für die politischen Ziele, Entschlossenheit und Stärke bei der Vermittlung, eine Nachbereitung, die Fehler benennt und daraus Konsequenzen vermittelt.
Liebe und Kraft für alle in Bremen Beteiligten!Und natürlich für alle,die zuhause bleiben mußten und uns die Daumen drückten!!
Schafft ein,zwei,viele militante Demokultur n.e.V.s

NORDIRLAND

IRLAND-GRUPPE KÖLN informiert:

Trotz Waffenstillstand: Der Kampf geht weiter

„Der gewalttätige Charakter der Auseinandersetzung im Norden steht außerdem in Zusammenhang mit dem Versagen und dem begrenzten Charakter des bürgerlichen Nationalismus. Möglicherweise wäre der Konflikt längst beendet, hätten die führenden Parteien der Republik sowie die SDLP nicht darauf verzichtet, nationalen wie internationalen Druck auf die britische Regierung zu erzeugen und sie international zu isolieren. Zudem hat die SDLP keinen ernsthaften Versuch unternommen, die katholischen Unterklassen aus der brutalen Kälte ihrer politischen und sozialen Realität herauszuholen.“

(Dietrich Schulze-Marmeling/Ralf Sotscheck, Der lange Krieg – Macht und Menschen in Nordirland, Göttingen 1989)

Am 31. August verkündete die IRA das Ende ihrer militärischen Kampagne. Für diejenigen, die es gewohnt sind, auch zwischen den Zeilen von IRA- und Sinn Féin-Statements zu lesen, kam diese Entwicklung nicht überraschend.

In den katholischen Gettos wurde die Entscheidung der IRA mit spontanem Jubel bedacht. Jugendliche erklommen die Kameratürme der Polizei- und Armeeforts, um auf ihnen die irische Trikolore zu hissen, ohne daß die „Sicherheitskräfte“ eingriffen. Mit den Deckeln von Mülltonnen wurde gegen die Wände der Forts geschlagen, und Autokorsos veranstalteten Hupkonzerte.

In die spontane Freude mischte sich allerdings bald die Ungewißheit über die Reaktion der Loyalisten. Diese ließ nicht lange auf sich warten. Keine 24 Stunden später ermordete die UDA (Ulster Defence Association) einen katholischen Zivilisten. Einige Tage später explodierte eine Autobombe vor dem Sinn Féin-Hauptquartier. Des weiteren wurde ein Dubliner Bahnhof „gebombt“. Glücklicherweise wurde bei den Anschlägen niemand ernsthaft verletzt.

Trotz dieser Attacken fiel die Antwort der loyalistischen Paramilitärs bislang weniger massiv aus als von vielen befürchtet. Offensichtlich gibt es im loyalistischen Lager erhebliche Widersprüche und Orientierungsprobleme.

Erste Reaktionen

Die Regierung in Dublin reagierte umgehend. Nur wenige Tage nach der IRA-Erklärung kam es in Dublin zu einem historischen Treffen zwischen Sinn Féin-Präsident Gerry Adams, dem SDLP (Socialdemocratic and Labour Party) -Vorsitzenden John Hume und dem irischen Ministerpräsidenten Albert Reynolds.

Unterstützung fand die irische Regierung für ihr schnelles Vorgehen vor allem bei der Clinton-Administration. Einen Tag später traf der irische Ministerpräsident den US-Vizepräsidenten Al Gore. Dabei wurden nicht nur Differenzen zwischen London und Dublin, sondern auch London und Washington sichtbar, die vor allem Tempo und Dynamik des „Friedensprozesses“ wie den Umgang mit Sinn Féin betreffen.

Die britische Regierung reagierte sichtlich irritiert. Offensichtlich wurde sie von der IRA-Entscheidung auf dem falschen Fuß erwischt. Im Gegensatz zu Dublin, Washington und der SDLP fehlte London das Wörtchen „permanent“ in der IRA-Erklärung, obwohl deren Tenor insgesamt eindeutig war. Außerdem war London nicht bereit, noch vor Ablauf einer dreimonatigen Bewährungszeit, wie sie mit Dublin in der „Joint Declaration“ vom Dezember 1993 vereinbart worden war, mit Sinn Féin offizielle Gespräche zu führen.



Daß die IRA in ihrer Erklärung das Wörtchen „permanent" wohlweislich vermieden hat, um sich statt dessen für „complete" (vollständig) zu entscheiden, ändert nichts daran, daß die militärische Kampagne beendet ist. Aber die IRA hat sich mit der Einstellung aller militärischen Aktivitäten nicht aufgelöst. Auch wird sie vorerst ihre Waffen nicht abgeben. Es ist sogar wahrscheinlich, daß ihre „geheimdienstlichen" Aktivitäten (Beschaffung von Informationen über die „Sicherheitskräfte" und loyalistische Paramilitärs) unvermindert fortgesetzt werden. „Business as usual" also, mit der Ausnahme direkter militärischer Operationen.

Damit hält sich die IRA zumindest theoretisch die Option offen, im Falle einer militärischen Offensive der Loyalisten oder eines Betrugsmanövers der britischen Regierung, den bewaffneten Kampf erneut aufzunehmen. Die IRA hatte zwischen einem zeitlich begrenzten Waffenstillstand von ca. drei Monaten, einem Waffenstillstand mit „offenem Ende" sowie einer permanenten Einstellung ihrer Aktivitäten zu entscheiden. Ein zeitlich begrenzter Waffenstillstand wäre von ihren Kontrahenten und Teilen der Öffentlichkeit als purer Bluff und Erpressungsmanöver interpretiert worden, während das Wörtchen „permanent" wohl kaum den Konsens der gesamten Republikanischen Bewegung gefunden hätte, da dies zu stark nach Kapitulation gerochen hätte. Ganz abgesehen davon, daß die Republikanische Bewegung keine Entscheidungen für zukünftige Generationen treffen kann.

Nicht nur bei militanten Republikanern trifft die Entscheidung der IRA, sich vorerst nicht aufzulösen und ihre Waffen zu behalten, auf Verständnis. Die Erinnerung an 1969, als die katholischen Gettos den Angriffen loyalistischer Mobs und der sektiererischen nordirischen „Sicherheitskräften" schutzlos ausgesetzt waren, ist noch immer lebendig. Die IRA ist bei gemäßigten Katholiken/Nationalisten alles andere als populär, aber niemand möchte die Uhr um 25 Jahre zurückdrehen.

Der Zeitpunkt, wo die älteste Guerillaorganisation der Welt endgültig abtreten kann, ist somit noch nicht gekommen. Der Prozeß der Demilitarisierung des Konflikts muß mehr beinhalten als eine einseitige Waffenruhe und Waffenabgabe der IRA. Nun sind zunächst die anderen bewaffneten Parteien an der Reihe.

Die Briten sind gefordert

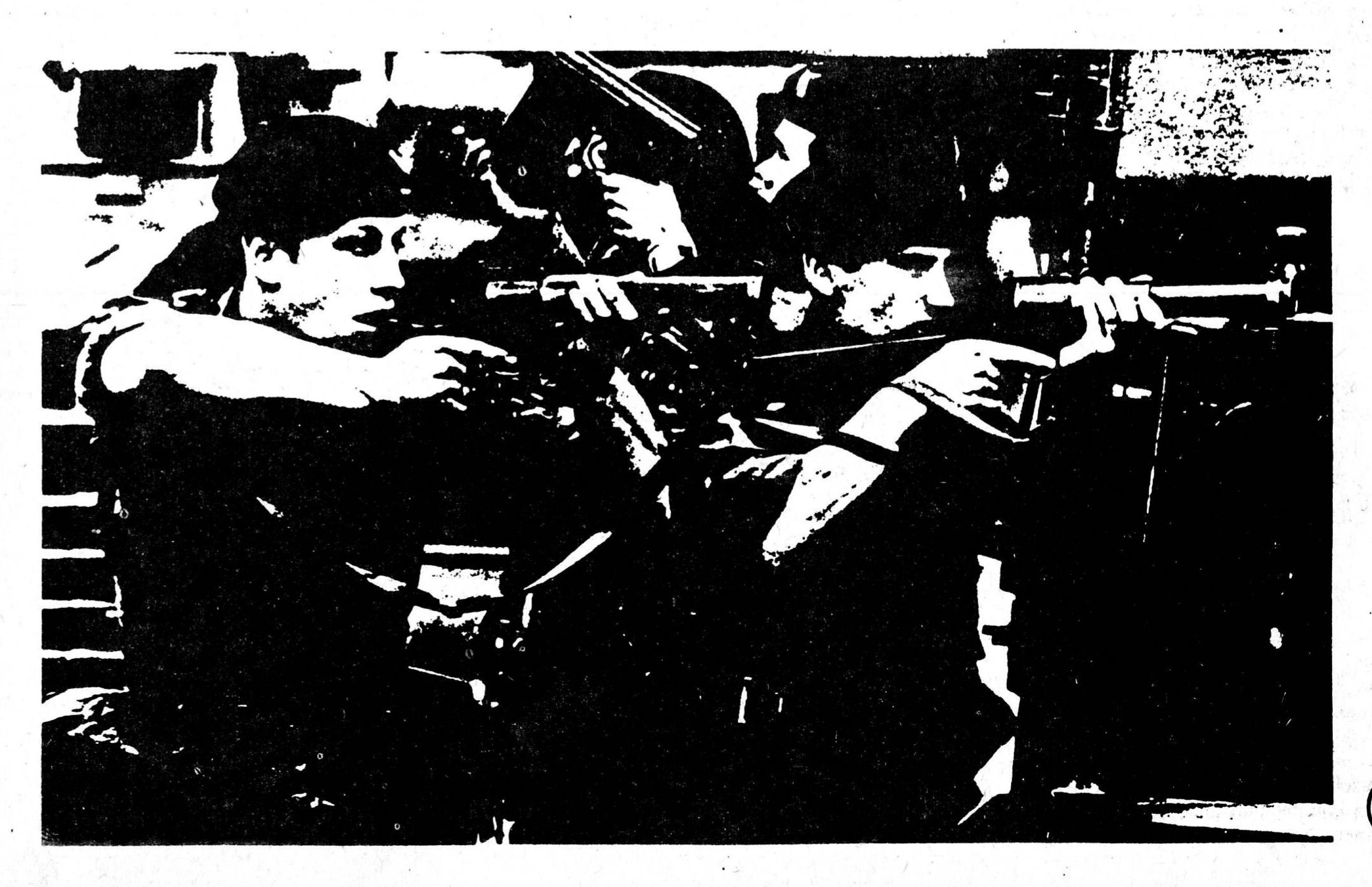
Die Erklärung vom 31. August ist der vorläufige Höhepunkt einer diplomatischen Offensive der Republikanischen Bewegung, an deren Erfolg wohl nur wenige geglaubt hatten. Mit Hilfe von John Hume ist es der Bewegung gelungen, eine „Front" gegenüber London zu errichten, wie sie in der Geschichte der anglo-irischen Beziehungen noch nie existiert hat.

Mit taktischem Geschick hatte es die Führung der Republikanischen Bewegung verstanden, alle Erpressungsmanöver, die der „Joint Declaration" vom letzten Dezember folgten, zu unterlaufen und den Zeitplan der Entwicklung selbst zu bestimmen.(1)

Erneut muß an dieser Stelle die Rolle John Humes hervorgehoben werden. Allen Anfeindungen aus der eigenen Partei, der Medien und der britischen Regierung zum Trotze, ließ er sich von seinem Dialog mit Gerry Adams nicht abbringen, ohne dabei irgendwelche Bedingungen zu formulieren. Die Beziehung zwischen den beiden Parteiführern wird von „Insidern" als eine des gegenseitigen Vertrauens und Respekts beschrieben. Die IRA-Kampagne lief unvermindert weiter. Die Hume-Adams-Gespräche überlebten auch die Bomben der IRA in England und das Eigentor der „Provos" auf der Belfaster Shankill Road, bei dem zehn protestantische Zivilisten getötet wurden. Im Gegensatz zu vielen seiner gut situierten ParteikollegInnen, die sich mit den „troubles" und der britischen Herrschaft weitgehend arrangiert haben, da sie davon ungleich weniger betroffen sind als die katholische Gettobevölkerung, hat John Hume die katholische Unterklasse niemals im Stich gelassen. Es war nicht die SDLP, die den Dialog mit Sinn Féin führte, sondern ihr Vorsitzender John Hume. Er erkannte, anders als seine Partei, daß es innerhalb der Republikanischen Bewegung – im Gegensatz zu den unionistischen Parteien – einen genuinen Wunsch nach Frieden gab.

Die Verantwortung für die weitere Entwicklung des „Friedensprozesses" liegt nun bei den Briten, was von diesen keineswegs so beabsichtigt war. Einmal mehr wird deutlich, daß die Regierung John Majors' über keine ausformulierte Strategie verfügt. Mit der „Joint Declaration" hatte sie sich noch alle Türen offen gehalten. Möglicherweise hatte sie mit dieser lediglich bezweckt, ihre bisherige Nordirlandpolitik neu zu legitimieren und den wachsenden Druck, in einen Dialog mit der Republikanischen Bewegung einzuwilligen, abzuschwächen. Sinn Féin und IRA haben dem Dokument im übrigen bis heute nicht zugestimmt.

Ein wesentliches Problem Londons ist, daß gleich mehrere Spieler zu bedienen sind. Am Tag, an dem Albert Reynolds erstmals Gerry Adams traf, schmiß ein gereizter Premierminister John Major den DUP-(Democratic Unionist Party) Führer



Ian Paisley aus seinem Amtssitz, als dieser darauf insistierte, es habe eine geheime Absprache zwischen London und der IRA gegeben und sein Gegenüber mit Hitler verglich.

Unionistische/loyalistische Paranoia und Intransigenz machen der britischen Position erheblich zu schaffen. Anstatt einer neo-unionistischen Wunschkonstellation aus SDLP und UUP (Ulster Unionist Party)/DUP sieht sich die britische Regierung nun dem Druck einer „pan-nationalistischen Front" gegenüber, die im Augenblick die politische Dynamik bestimmt. Und dies in eine Richtung, mit der sich London noch nicht angefreundet hat.

Nun wird die Regierung kaum umhin können, ihrerseits Maßnahmen zur Demilitarisierung des Konflikts zu ergreifen. Einen Tag nach dem Reynolds-Adams-Treffen kündigte Nordirlandminister Mayhew eine Reduzierung der Armeepatrouillen an. In West Belfast patroullierten Soldaten erstmals ohne Panzerwesten und Helme und gönnten sich Zigarettenpausen. Seit den Tagen der berühmten Tee-Partys 1969 herrschte in West Belfast nicht mehr eine derart entspannte Atmosphäre zwischen lokaler Bevölkerung und Armee. Damals begrüßten Teile der West Belfaster Bevölkerung die Ankunft der Armee, weil sie sich von ihr Schutz vor den loyalistischen Angriffen versprachen.

Trotzdem können derartige Gesten nur der Anfang sein. Die Armee muß vollständig aus den katholischen Vierteln verschwinden. Sofern sie überhaupt noch eine Funktion in Nordirland hat, so hat sich diese auf die Eindämmung des loyalistischen Terrors zu reduzieren. Auch die RUC (nordirische Polizei), die aufgrund ihrer konfessionellen Zusammensetzung (über 90% ihrer Mitglieder sind Protestanten) und Kollaboration mit loyalistischen Paramilitärs bei Katholiken/Nationalisten keine Akzeptanz erfährt, muß sich zurückziehen. Als weitere Schritte müssen folgen: die Freilassung aller Gefangenen (als erste Geste darf man in diesem Zusammenhang die Repatriierung von IRA-Gefangenen, die in England einsaßen, betrachten), die Aufhebung der Zensurgesetze gegen Sinn Féin, die eine offene politische Debatte behindern, sowie die Beseitigung der Sperren entlang der Grenze, die grenzüberschreitende Bewegungen der IRA verhindern sollten.

Der politische Erfolg von Sinn Féin/IRA

Die Beendigung der IRA-Kampagne ist das Ergebnis eines mehrjährigen politischen Prozesses innerhalb der Republikanischen Bewegung, der eng mit den Namen Gerry Adams, Martin McGuinness und Danny Morrison verknüpft ist. Unter der Führung dieses Trios beendete der politische Arm der republikanischen Bewegung sein Mauerblümchendasein und entwickelte sich zu einer eigenständigen und bedeutenden politischen Kraft. Der Aufstieg Sinn Féins beförderte die Diskussionskultur und das politische Selbstbewußtsein der Bewegung. Denn in einer Partei konnte man anders diskutieren als in einer „Secret Army". Hinzu kam, daß sich die Bewegung mit ihrem Einzug in die Parlamente plötzlich mit dem Feind direkt und permanent konfrontiert sah – in der Form unionistischer/loyalistischer Politiker wie Mitarbeiter der britischen Administration. Entwicklungen im gegnerischen Lager wurden so nachvollziehbarer.

Auch die negativen Nebenwirkungen der militärischen Kampagne – die Vertiefung der sektiererischen Spaltung in Nordirland wie der Militarisierung der Bewegung – waren nun keine Tabuthemen mehr. Des weiteren wurde verstärkt diskutiert, wie die protestantische Community, die bis dahin mehr oder weniger vernachlässigt worden war, in die republikanische Theorie und Praxis zu integrieren sei.

Der bewaffnete Kampf in Nordirland war bezüglich seiner Legitimation immer ein Grenzfall. Einerseits konnte er auf eine lange Tradition und signifikante Unterstützung verweisen, was die IRA auch stets von bewaffneten Gruppen auf dem Kontinent unterschied; andererseits stellte sich die Frage, ob das Ausmaß der britischen Repression eine militärische Kampagne dauerhaft rechtfertigen konnte. Nordirland ist nicht Lateinamerika. Die Repression war zu einem Gutteil auch ein Produkt der Militarisierung des Konflikts. Natürlich war die IRA nicht die Ursache, sondern nur ein Symptom, denn die Militarisierung war von den Briten ausgegangen. Aber spätestens Anfang der 90er war eine Situation erreicht, wo die IRA-Kampagne politisch nicht mehr viel bewirken konnte, wo die Kosten der Kampagne – hier vor allem die Vertiefung und Zementierung des Grabens zwischen den beiden Communities – in keinem rechten Verhältnis mehr zu ihrem Nutzen stand.

Gleichzeitig fühlten sich die IRA/Sinn Féin nun politisch stark genug, um auf das Gewehr verzichten zu können. Der bewaffnete Kampf war immer **auch** ein Produkt politischer Schwäche und Isoliertheit gewesen. Hinzu kamen gewisse Bewegungen auf der britischen Seite sowie Erfolge im Bemühen um den Aufbau einer breiten diplomatischen Front. Bereits seit Jahren befindet sich die Führung der Republikanischen Bewegung unermüdlich auf der Suche nach Möglichkeiten, den bewaffneten Kampf überflüssig zu machen. Adams und Co. hatten wiederholt durchblicken lassen, daß ein Ende der militärischen Konfrontation denkbar sei; allerdings nicht als Kapitulation, und nur unter der Voraussetzung einer realitätstüchtigen alternativen Strategie. Diesbezüglich war immer wieder von einem taktischen Bündnis mit der SDLP und Dublin die Rede. Dabei galt es allerdings unter allen Umständen, eine Spaltung der Bewegung zu verhindern.

Die Abkehr vom militärischen Kampf ist keine prinzipielle Entscheidung, sondern eine taktische. Die Republikanische Bewegung steht zu ihrer Geschichte und beendete ihre militärische Kampagne keineswegs als Verlierer, sondern sie öffnet lediglich eine neues Kapitel in der Auseinandersetzung, in der politische Methoden für zweckmäßiger erachtet werden als militärische. Der bewaffnete Kampf hat (jedenfalls vorerst) seine Schuldigkeit getan. Der Kampf als solcher ist damit allerdings alles andere als beendet, wie die politische Führung der Bewegung klarstellte, sondern tritt lediglich in eine neue Phase. So lautete der Tenor der spontanen Kundgebungen, die Sinn Féin nach der Verkündung des Waffenstillstands in Belfast und Derry veranstaltete: „The struggle goes on!" („Der Kampf geht weiter")

Tatsächlich bleibt die IRA militärisch unbesiegt. Die „Experten" sind sich darin einig, daß die Organisation sowohl die Waffen wie die Leute besitzt, um ihre Kampagne fortführen zu können. Auch gibt es aktuell keine Rekrutierungsprobleme. Nicht die Britische Armee und die RUC haben die IRA dazu bewegt, ihre Kampagne zu beenden. Hier verläßt keine Organisation das Schlachtfeld, die von der Kriegsführung der Gegenseite zermürbt und frustriert wurde. Im Gegenteil: Die gegenwärtige Stimmung innerhalb der Bewegung ist eher von großem Selbstbewußtsein geprägt.

Sinn und Zweck der militärischen Kampagne

War der bewaffnete Kampf der IRA vielleicht von vorneherein überflüssig? Hätte die Entwicklung möglicherweise einen positiveren Verlauf genommen, wenn die Republikanische Bewegung schon damals eine gewaltfreie Strategie verfolgt hätte, anstatt gegenüber London den Krieg aufzunehmen? Hätte man die über 3.000 Toten, die der Konflikt bis heute gefordert hat, möglicherweise vermeiden können?

Nur die letzte Frage wird vielleicht einmal mit „ja" zu beantworten sein. Die Verantwortung hierfür liegt aber nicht bei denen, die sich für den bewaffneten Kampf entschieden, weil ihnen alle anderen Wege versperrt wurden, sondern bei den politisch und diplomatisch ungleich einflußreicheren Kräften, die der unterdrückten und diskriminierten katholischen Gettobevölkerung damals nicht in ausreichendem Maße beistanden – vor allem der Regierung in Dublin und den katholischen Mittelklassen im Norden. Mit massivem politischen und diplomatischen Druck wäre vielleicht schon damals mehr möglich gewesen.

Der bewaffnete Kampf der jüngeren Republikanischen Bewegung hatte seinen Ursprung in den Attacken loyalistischer Mobs, denen die katholische Gettobevölkerung wehrlos ausgeliefert war. Denn die bewaffneten Kräfte des Staates verweigerten ihnen nicht nur Schutz, sondern mischten auf Seiten der Angreifer sogar kräftig mit. Das Eintreffen der Britischen Armee brachte nur vorübergehend Entspannung, da sich die Truppen schon bald auf die Seite des unionistischen Regimes schlugen.

Im damaligen Milieu war die Entscheidung für den bewaffneten Widerstand eine logische, der sich ein nicht unerheblicher Teil der katholischen Unterklasse kaum entziehen konnte. Es waren die Briten, die die Militarisierung des Konflikts betrieben und den politischen Massenprotest („Bloody Sunday" 1972) zusammenschossen.

Auf der anderen Seite war es die IRA, die 1972 das korrupte unionistische Stormont-Regime stürzte. Und nahezu jede Reform, die seit Ausbruch des Konflikts verabschiedet wurde, war von der Absicht geprägt, den Einfluß der IRA einzudämmen. Überdies hat die Kampagne der IRA erhebliche Denkprozesse im britischen Establishment und der britischen Öffent-

lichkeit ausgelöst, denen immer wieder vorgeführt wurde, daß eine britische und militärische Lösung des Konflikts nicht möglich ist. So statisch der Konflikt nicht nur Außenstehenden oft anmutete, so vollzogen sich unter seiner Oberfläche – gefördert durch die IRA-Kampagne – doch erhebliche Bewegungen. Die IRA hat – weit mehr als Dublin und die SDLP – internationale Aufmerksamkeit für die „irische Frage" mobilisiert. Und last but not least hat sie das Selbstbewußtsein der katholischen Unterklasse gestärkt. Es war die Generation der jungen IRA-Aktivisten, die mit der Resignation und Mutlosigkeit ihrer Eltern brach. Gleichzeitig trat sie damit eine Lawine los, deren Gewalt sie wohl selbst überschätzt hatte. Die jungen IRA-Aktivisten von damals sind die republikanische Führung von heute, sicherlich die intelligenteste, flexibelste und visionärste seit den Tage eines Michael Collins.

„*Unterschiedliche Zeiten erfordern unterschiedliche Strategien*", konstatiert Danny Morrison, der Anfang der 80er die Doppelstrategie vom bewaffneten und politischen Kampf formulierte und sich z.Zt. noch in Haft befindet. (2) Gefordert ist nun nicht nur Sinn Féin. Gefordert sind nun vor allem die linken Kritiker der Republikanischen Bewegung, die in der Vergangenheit (zu Recht) die Kultur des Militarismus und den elitären Charakter der IRA kritisierten, aber in den letzten Monaten auch mit Sinn Féins Verhandlungsdiplomatie arge Schwierigkeiten hatten. Ihrem Traum von einer radikalen Massenbewegung steht die IRA nun nicht mehr im Wege.

Die größten Gegner der protestantischen Community sind nicht Gerry Adams und John Hume, sondern deren eigene politische Führer, die sie in ihrer Abkapselung vom Rest der Bevölkerung auf der irischen Insel ständig bestätigt haben. Ihre politischen Führer haben ihr suggeriert, ein Dialog mit dem „Gegner" sei nicht notwendig. Nach der Verkündung des Waffenstillstands gab es innerhalb der protestantischen Arbeiterschaft auch Stimmen, die für Gerry Adams politisches und diplomatisches Geschick Anerkennung ausdrückten. Dies war nicht als politische Zustimmung für den „Hauptfeind", sondern vielmehr als Kritik an der eigenen Führung zu verstehen. Tatsächlich mangelt es der protestantischen Community an einer politisch qualifizierten, intelligenten, flexiblen und visionären Führung, die dazu in der Lage wäre, sie aus ihrer selbstgebauten Sackgasse herauszuführen.

Ein klein wenig kommt in der Bewunderung für Adams allerdings auch zum Ausdruck, daß wir es auch in Nordirland – trotz der sektiererischen Spaltung – mit einer Klasssengesellschaft zu tun haben. Das eigene politische Establishment ist bei der protestantischen Unterklasse alles andere als beliebt. Von Teilen wird es sogar gehaßt. Gleiches gilt auch für die katholische Mittelklasse, die (nicht ganz zu Unrecht) als der eigentliche Gewinner des Krieges betrachtet wird, während sich im Falle der „Provos" Haß mit Bewunderung mischt. Tatsächlich waren die „Provos" in den vergangenen 25 Jahren die einzigen, die gegenüber der protestantischen Community immer offen waren, die ihre Absichten nie verbargen. Ob nun hierin eine Chance liegt, die sektiererische Spaltung zu überwinden, muß allerdings zumindest vorerst bezweifelt werden, auch wenn sich die Sinn Féin-Führung erheblich bemüht. So sprach Adams in Dublin von seinen „protestantischen Brüdern und Schwestern" und bezeichnete die protestantische Unterklasse als „seine Leute". Und während einer Kundgebung zum Waffenstillstand in West Belfast wurden spezielle Lautsprecher aufgestellt, damit man die Rede Adams' auch auf der anderen Seite der hohen Mauer, die den katholischen Teil vom protestantischen trennt, hören konnte.

Dietrich Schulze-Marmeling

1) Eine ausführlichere Analyse der Entwicklung der verschiedenen am Nordirlandkonflikt beteiligten Fraktionen – der Regierungen in London und Dublin, der Uni. .sten/Loyalisten, der SDLP und der Republikanischen Bewegung – enthält mein Aufsatz „Nationalismus, Unionismus und Ulster-Nationalismus", erschienen in Komlosy/Hofbauer/Elsässer u.a., Krisenherd Europa – Nationalismus, Regionalismus, Krieg, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1994.

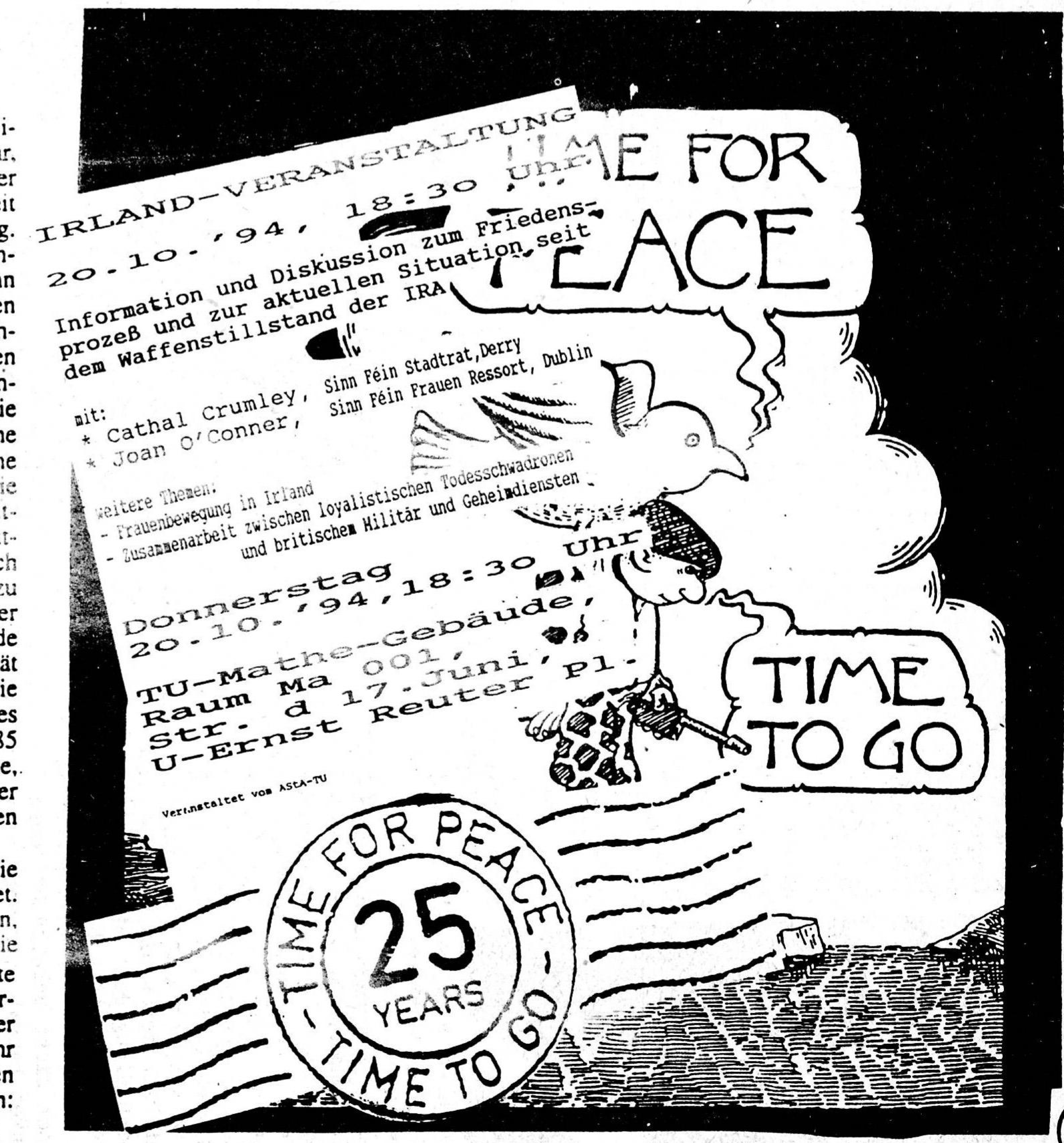
2) Einige Leser dieser Zeitung kennen Danny Morrison vielleicht noch von der Sinn Féin-Rundreise 1986. Morrisons Roman „West Belfast", der kurz vor seiner Verhaftung 1989 veröffentlicht wurde, liegt mittlerweile auch in deutscher Übersetzung vor (Danny Morrison, West Belfast, Münster 1994, UNRAST-Verlag).

(aus: Analyse und Kritik Nr. 370 vom 21.09.94)

Die Loyalisten in der Klemme

Die ersten Reaktionen der Unionisten/Loyalisten bestätigten einmal mehr, daß diejenigen, die sich am meisten über den „IRA-Terror" beklagen, in Wahrheit den Frieden mehr fürchten als den Krieg. Der Loyalismus benötigt klare Abgrenzungen und Feindbilder. Nichts ist für ihn schlimmer, als wenn alte Gewißheiten zusammenstürzen. Die Loyalisten fürchten nun, durch das Entstehen einer neuen politischen Dynamik, nämlich den Veränderungen in der britischen Politik und die Einbeziehung Sinn Féins in die Suche nach einer politischen Lösung, auf eine schiefe Ebene zu geraten, auf der sie geradewegs in ein vereinigtes Irland rutschen werden. Diese Annahme ist vermutlich nicht falsch, auch wenn es noch diverse Jahre dauern dürfte, bis es dazu kommen wird. Denn jede Reduzierung der Unterstützung durch London und jede Relativierung der britischen Souveränität entwickelt ihre eigene Dynamik, wie die Entwicklung seit der Unterzeichnung des Anglo-Irischen-Abkommens von 1985 gezeigt hat. Falsch ist indes die Annahme, eine irische Vereinigung würde sie ihrer religiösen und bürgerlichen Freiheiten berauben.

Ihre gegenwärtige Situation haben die Unionisten/Loyalisten selbst verschuldet. Jahrelang hatte sich nicht nur London, sondern auch Dublin und die SDLP um die Unionisten bemüht, um eine moderate Lösung auszuhandeln. Letzlich scheiterten alle diese Bemühungen immer wieder an den Unionisten/Loyalisten. Denn ihr politisches Programm ließ sich in diesen Jahren auf zwei Buchstaben reduzieren: „No".



DAS ERBE BEGREIFEN.

Zu einer nicht geführten Diskussion über Ingrid Strobls Artikel zum Antisemitismus in der Linken (Nr.287)

einige interims

Es hat zwei Monate gedauert, dann hatte eine Gruppe von autonomen Lesben/Frauen (Selbstbezeichnung: "Mit der Doppelaxt ins Herz der Bestie") auf Ingrid Strobls Erbe-Artikel ("Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken" abgedruckt in der Nr. 287 vom 19.5.94) eine Antwort verfaßt, an die interim geschickt und sich nach der Ablage ihres Artikels im Ordner (vgl. Nr.294 vom 14.7.94) in einem weiteren Brief an die interim über diese Entscheidung beschwert. Der Doppelaxtbrief vom 15.7.94 endete mit der Forderung:
"wir verlangen von euch, die vollständige veröffentlichung in der nächsten interim."
Darauf bezog sich ein Teil des Vorwortes der Nr. 296 vom 11.8.94, in dem die Doppelaxtgruppe noch einmal vertröstet wurde. In Nr.3oo vom 22.9.94 dann die Ankündigung einer Erklärung, warum der Text im Ordner gelandet ist.

Nun also doch der Abdruck und ein paar Gedanken von uns vorne weg.
Der nachholende Abdruck hat <u>den einzigen Grund</u> darin, daß sich nach Rücksprachen (die über die Sommerpause leider schwierig und langwierig waren) und nach eingehenderer Diskussion die mit dem Thema befaßten interims einig waren, daß Ingrid Strobls Artikel bzw. das Problem des Antisemitismus´ in unseren Strukturen zu wichtig ist, als daß es undiskutiert in der Ecke verrotten sollte. Ingrids Artikel ist klar auf Diskussion hin angelegt, indem sie eine Überprüfung des `eigenen´ Antisemitismus nahelegt ("..es sich bei dem Gesagten tatsächlich um ein weitverbreitetes Phänomen handelt, das einen nicht unbeträchtlichen Teil der deutschen Linken betraf oder noch immer betrifft."). Und indem sie ihrerseits sehr klar <u>ihre</u> eigene Position korrigiert ("..die Politik, die ich vor Jahren einmal vertreten habe.").

Der Abdruck hat <u>nicht den Grund</u>, daß wir den Doppelaxt-Text in diesem Rahmen für geeignet halten! Denn erstens stellt er im engen Sinne <u>keine Antwort</u> auf Strobls Text dar, in dem Sinne, daß er das Grundanliegen von Strobl aufnimmt oder bestreitet. Es ist in der Antwort garnicht existent. Was allerdings reichlich da ist, ist herbe Anpisserei gegen die Autorin Strobl. Ihre Darstellung wird als "selektiv", "denunziatorisch" sowie "von der Kirchenkanzel herunter" (S.6) eingestuft. Es werden einfache Verkaufsinteressen als Motiv für die Veröffentlichung unterstellt (vgl. S.1) Anhand des Strobl-Artikels bzw. seiner `Widerlegung´ soll stellvertretend das ganze Buch verrissen werden, aus dem er entnommen ist (S.1) Schließlich behaupten die Doppelaxtlerinnen, nicht zu wissen,wo Strobl "vor einigen Jahren politisch gestanden hat"(s.1).

Zweitens dreht sich die Doppelaxt-Erwiderung um z.T. äußerst mühsam verständliche Gedanken, die anhand von vereinzelten, zusammenhanglosen Strobl-Zitaten versuchen, ihren Ansatz undiskutierbar erscheinen zu lassen, weil bereits im Vorfeld einer Diskussion die Autorin `als Opportunistin´ entlarvt werden konnte. Dieses Vorgehen finden wir "als anregung zur diskussion" (S.1) doppelbödig-mies und das hat im Juli zur Ordnerablage geführt.

Nun müssen wir allerdings selbstkritisch anmerken, daß mit dieser Ablage scheinbar auch die gesamte Diskussion zum Thema `Antisemitismus in unseren Strukturen´ dankbar beiseite gelegt ist.
Außerdem ist davon auszugehen, daß die Doppelaxt-Position in ihrer pauschalen Zurückweisung der Debatte sehr wohl repräsentativ für einen Teil (auf seiten einer antizionistischen Position) der radikalen Linken ist. Handelt es sich doch in der `Antizionismus/Antisemitismus´-Auseinandersetzung um keine neue Kontroverse. Eher schon um eine, die immer neu an den aktuellen diesbezüglichen Ereignissen oder zu bestimmten Anlässen aufflammt (bspw. bei der Israel-Boykott-Debatte 1988; anläßlich des Golfkrieges und der Haltung zu Irak - Israel; im Zusammenhang der Veröffentlichung des RZ-Albartus-Papiers 1991), um danach bis zum nächsten fight wieder stillgelegt zu sein.Normales Ritual? Unbegriffenes Erbe?

Vielleicht ist der Strobl-Text ja wieder so ein `nächstes Mal´.Oder er trägt mit dazubei, das Erbe begreifen zu lernen, da er an der subjektiven Perspektive entlang formuliert ist und in erster Linie auf Betroffenheit zielt (und erst danach auf Solidarität).

Wir werden in einer der nächsten Nrn die Anregung zur kontroversen Debatte mit einem weiteren, ausführlichen Text zum Thema `Nationalismus und Antisemitismus´ fortsetzen

DAS ZIEL NIE AUS DEN AUGEN VERLIEREN

EINE FEMINISTISCHE ANTWORT AUF DIE VERDREHUNGEN UND VERFÄLSCHUNG DER GESCHICHTE durch ingrid strobl

die interim hat im heft nummer 287 (19.05.94) ein kapitel aus dem neuen buch "das feld des vergessens" zum jüdischen widerstand und der deutschen "vergangenheits-bewältigung" von ingrid strobl veröffentlicht.
wir verstehen diese veröffentlichung als anregung zur diskussion. in diesem sinne greifen wir die diskussion auf und antworten mit einem eigenen beitrag zu dem kapitel "das unbegriffene erbe - bemerkungen zum antisemitismus in der linken".
wir verstehen zeitungen wie die interim als diskussionsorgane und würden uns über eine weitere kritische auseinandersetzung freuen.

vorbemerkung: i. strobl begegnete uns als journalistin und schriftstellerin; sie arbeitet gelegentlich als dozentin an deutschen universitäten. vor einem halben jahrzehnt war sie eine der prominentesten politischen gefangenen in der brd, die durch die frauenbewegung stark unterstützt wurde.
sie selbst schreibt: "...da ein teil des hier kritisierten auch auf mich selbst zutrifft, das heißt, auf die politik, die ich vor jahren einmal vertreten habe".
uns ist nicht klar, wo sie vor einigen jahren politisch gestanden hat und zudem sehen wir auch, daß sie mit ihren veröffentlichungen ihren lebensunterhalt verdient, verdienen muß.

wir grenzen uns von unserer politischen geschichte nicht ab, aber wir reflektieren selbstkritisch unsere vergangenen kämpfe und mobilisierungen. sicherlich haben wir auch eine größere "literarische freiheit", weil es uns egal sein kann, ob unsere schriften verkauft werden oder nicht.
das alles erklärt aber nicht unsere grundlegenden differenzen zu positionen von strobl und anderen.
wir gehen stellvertretend auf das "unbegriffene erbe" ein, da darin exemplarisch die position vieler (vielleicht noch die der fortschrittlichsten) intellektueller in der brd nachzuvollziehen ist.
wir beziehen uns nur auf dieses eine kapitel, da wir davon ausgehen, daß im rest des buches nicht plötzlich völlig andere, revolutionäre positionen vertreten werden.
wir sind feministinnen und sprechen deshalb nicht für "die linke", die es aber auch in dieser verallgemeinerten form nicht gibt.
diese verallgemeinerungen zum zwecke einer abrechnung lehnen wir ab.
diese form der auseinandersetzung ist nicht neu. sie dient allermeistens dazu, sich von einem antagonistischen standpunkt gegenüber diesem HERRschenden system zu verabschieden, sofern die jeweiligen frauen und männer einen solchen überhaupt hatten.
zur eigenen rechtfertigung wird jede form von solidarität IM KAMPF in frage gestellt oder denunziert. die verallgemeinerungen werden nicht vorgenommen, um allgemeine gesetzmäßigkeiten festzustellen und sie danach besser anzugreifen und verändern zu können, um sich selbst und anderen gegenüber mindestens moralisch den eigenen opportunismus zu rechtfertigen.
so verallgemeinert strobl in ihrem antisemitismusvorwurf alle strömungen, die sich selbst irgendwie links nennen; das beinhaltet die "links-alternative" berliner tageszeitung, ebenso wie revolutionäre internationalistische strömungen, zusammenhänge.
die berliner taz ist ein klar konterrevolutionäres projekt, das als reaktion auf die konfrontation der revolutionären linken gegen den staat 1977 gegründet wurde. heute wird die taz zb. sicherlich in so ziemlich jeder ebene des managements des deutschen imperialismus fleißig gelesen, aus- und verwertet.
ähnlich ist zb. auch die EMMA zu bewerten, die auch in diesem zeitraum gegründet wurde. gegen beide zeitungen hat es bereits militante angriffe aus obiger einschätzung heraus gegeben.
wir grüssen an dieser stelle besonders unsere kämpfenden schwestern in köln, die vor kurzem die redaktionsräume der EMMA militant und erfolgreich angegriffen haben.
die nähe von EMMA zur größten us-amerikanischen frauenzeitung "Ms" ist von der EMMA-herausgeberin alice schwarzer selbst hergestellt worden.
"Ms" ist von der CIA-agentin gloria steinem gegründet und herausgegeben worden.
diese tatsachen sind seit anfang der 80er jahre in der frauenbewegung bekannt und veröffentlicht worden. daß strobl für EMMA geschrieben hat, bedeutet nicht, daß sie auch für den CIA oder dem verfassungsschutz arbeitet.
die vermeintliche neutralität bzw. positionslosigkeit gegenüber dem brd-imperialismus und demzufolge die oberflächlichkeit in der einschätzung der heutigen linken ist auch eine haltung, die sich durch den ganzen artikel zieht.
anscheinend gibt es nichts mehr zu sagen, alles ist abgeklärt:
"es gibt zum antisemitismus deutscher linker, zu dem verhältnis was deutsche linke zu israel haben, und zur einschränkungslosen solidarität mit dem "palästinensichen volk", nichts zu sagen, was nicht bereits gesagt worden wäre, die fakten wurden längst benannt."
schön, dann ist ja alles klar,...aber strobls artikel geht an dieser stelle doch noch weiter, seitenweise; zu diesem thema hält sie im in- und ausland vorträge,...
also sagen wir wohl besser auch noch etwas mehr dazu.
schon hinter dieser kurzen beurteilung stecken eine menge kontroverser auseinandersetzungen und in ihrer folge auch niederlagen revolutionärer positionen innerhalb der bundesdeutschen linken und auch der frauenbewegung.
noch anfang der 80er jahre wurden von den radikalen fraktionen das existenzrecht "israels" in frage gestellt, so ist nach einer jahrelangten kampagne von seiten des staates und der reformistischen, konterrevolutionären kräfte in der brd mit dem mittel des antisemitismusvorwurfes das existenzrecht dieses aggressiven und jüngsten siedlerstaates nahezu 100% durchgesetzt.
stattdessen wird heute das existenzrecht des palästinensischen volkes in frage gestellt, indem es in anführungszeichen gesetzt wird.
die anführungszeichen an "israel" waren immer schon symbol für eine radikale, antizionistische position; dies war nicht die idee von einigen wenigen radikalen linken hier in der brd, sondern entstand innerhalb der palästinensischen befreiungsbewegung.

wir erinnern uns noch gut, daß der antisemitismusvorwurf vor allem und gezielt in und nach der zeit des libanonfeldzuges "israels" als ideologische waffe gegen fortschrittliche, revolutionäre, internationalistische strömungen eingesetzt wurde.
herausragend haben sich darin die taz, die grünen und andere reformistische gruppierungen bemüht.
deshalb hat strobl einfach nicht recht, wenn sie von der "einschränkungslosen solidarität" deutscher linker mit dem "palästinensischen volk" spricht.
solidarität ist nie einschränkungslos,so wäre sie keine solidarität, sondern zb. so etwas wie im christentum oder anderen patriarchalen religionen, geforderter positionsloser gehorsam;- und - solidarität kann nur auf einem überprüfbaren und somit auch kritischen politischen verhältnis beruhen.
selbst wenn strobl ein solches politisches verhältnis gemeint hat, stimmt ihre aussage nicht, da dieses verhältnis nur noch sehr marginal in bundesdeutschen, fortschrittlichen zusammenhängen vorhanden ist.
die ursachen liegen sowohl in der schwäche der bundesdeutschen internationalistischen zusammenhänge als auch in der schwäche der palästinensischen linken gruppierungen/organisationen.

weiterhin müssen wir strobl dahingehend korrigieren, daß die solidarität der revolutionären linken und von teilen der frauenbewegung vor allem der palästinensischen revolution und nicht dem "volk" als politischer kategorie galt.
in diesem solidarischen verhältnis gab es kritik, gerade aus einem internationalis-

tischen verständnis heraus, an der patriarchal-feudalen palästinensischen gesellschaft, der führungsposition der bourgouisie innerhalb der plo, und dem fehlen des antipatriarchalen kampfes, von teilen der frauenbewegung aus.
aus diesem kritischen verhältnis raus, war es oft sehr schwierig, die allgemeine position zur unterstützung der palästinensischen befreiungsbewegung zu vertreten.
diese diskussionen fanden immer wieder in zb. mobilisierungen gegen die "israelische" expansionspolitik und seine kriege statt.
konsequenterweise fand die gründung der palästinensischen feministischen organisation al-fanar auch großen anklang in der bundesdeutschen frauenbewegung.

es ist uns unerklärlich, wie strobl derartig ungenaue und allgemeine aussagen treffen kann; als akademikerin und journalistin müßte ihr doch das recherchieren vertraut sein. wir können nur folgern, daß eine klare absicht hinter diesen falschaussagen liegt.
"erst als die linke sich nach dem zusammenbruch der realsozialistischen staaten, der deutschen wiedervereinigung und dem zweiten golfkrieg mit einer kulmination von ereignissen konfrontiert sah, die sie nicht mehr mittels der gängigen schablonen einordnen konnte, erst da begannen einzelne auch das verhältnis der deutschen linken zu israel neu zu diskutieren."
wieder müssen wir uns die frage stellen: wer ist mit "die linke" gemeint?
sind nicht die begriffe opportunistische und reformistische breite strömungen viel treffendere bezeichnungen, weil darüber deren verhältnis zum brd-imperialismus gleich mitbenannt wird?
die realsozialistischen staaten sind nicht von alleine zusammengebrochen. das ist staatlicher jargon, nach dem motto: die systeme waren nicht gut und konkurrenzfähig und sind deshalb von selbst untergegangen, frei nach darwins "natürlicher auslese".

gegen diese geschichtslosigkeit wollen wir an den zweiten imperialistischen weltkrieg, ein konkurrenzkrieg zwischen den einzelnen imperialistischen staaten, erinnern
zu beginn dieses krieges war der sowjetunion die stabilität in den beziehungen zu den kapitalistischen großmächten wichtiger als das schicksal der kommunistischen parteien und kämpfe in eben diesen ländern.
durch den angriff der deutschen wehrmacht auf die su, zerbrach der hitler-stalin pakt. england und die usa waren erleichtert, da europa ökonomisch für sie verloren gewesen wäre, wenn es eine aufteilung zwischen dem faschistischen deutschland und der su gegeben hätte. d
die hauptlasten des krieges mußte die su tragen. die usa traten erst 1942 in den krieg ein, als sich die überlegenheit der roten armee gegenüber den faschistischen deutschen truppen bemerkbar machte.
die bereitschaft englands und der usa zum militärischen eingreifen, zielte auf die vertraglichen regelungen für die nachkriegszeit.
bei ende des krieges erfolgte keine deffinitive zustimmung der westalliierten für eine fixe reparationssumme für die su.
das feindbild der westalliierten verschob sich von einem faschistischen deutschland auf die su. die ökonomischen interessen der usa in/an europa wurden durchgesetzt.
anfang mai 1946 stellte general clay die reparationszahlungen aus der us-amerikanischen zone in die su-zone ein. gleichzeitig wurde die bizone (england-usa) gegründet, während einer konferenz der alliierten wurde die truman-doktrin 1947 verkündet; sie besagt, daß die staaten an der sowjetischen peripherie als "bollwerk gegen den kommunismus" aufgebaut werden.
das war der offizielle beginn des kalten krieges.
dementsprechend ist auch der imperialistische sprachgebrauch "wiedervereinigung deutschlands" einzuordnen und abzulehnen.
die zerstörung des ddr-staates war eine von langer imperialistischer hand geplante aktion und ebensowenig spontan und erfolgreich durch das "volk" durchgeführt, wie die errichtung des "palästinensischen staates" auf der ghetto-müllkippe gaza.
so wie in den organisations- und entscheidungsapparaten der brd lange jahre pläne für die annektion und "aufbau" der ehemaligen ddr in den schubladen vorbereitet lagen, hat auch das brd-kapital die entsprechenden pläne für den palästinensischen mini-befriedungsstaat genauestens vorbereitet; die entwicklungsgremien stürzen sich wie die geier drauflos. die politik vollzieht maximalst die pläne und entscheidungen des kapitals nach.
mit der annektion der ddr und dem politisch-ökonomischen zugriff auf mindestens ganz osteuropa, führt der ns-nachfolgestaat brd als logische konsequenz und effektiv, die ns-großraumpläne endlich durch.
unter diesem gesichtspunkt muß auch das engagement des brd-staates für und in dem krieg in (ex-)jugoslawien gesehen werden.

bei der diskussion dieser politischen verhältnisse handelt es sich deshalb nicht um "gängige schablonen", wie strobl meint, sondern um politische, ökonomische und gesellschaftliche analysen mittels derer die jeweiligen kriege und veränderungen in der welt einordnenbar und damit auch angreifbar werden.
so ist nicht verwunderlich, daß strobl und andere sich selbst als linke bezeichnende das wort imperialismus aus ihrem wortschatz gestrichen haben oder abfällig von einer "worthülse", "antiimpsprache",... sprechen.
wir sehen dies als einen erfolg des kalten krieges, der bis in kleinste feinheiten reicht. (zb. ist der von strobl benutzte begriff "pejorativ" nicht im ddr-wörterbuch zu finden, aber im kapitalistischen deutschen wörterbuch konnten wir das rätsel lösen.)

wir müssen daraus folgern, daß diese sog. linken auch kein politisch antagonistisches verhältnis zum imperialismus im allgemeinen und zum brd-imperialismus im besondern haben. ohne dieses antagonistische verhältnis gibt es auch keinen anspruch, keine perspektive auf befreiung;
der imperialismus ist kein psychologisches problem, das in einer selbsthilfe- oder verlerngruppe behandelt werden kann, sondern ein weltweites ökonomisches system, die "höchste stufe des kapitalismus", die weltweite HERRschaft des finanzkapitals,... .
ohne eine position gegen den imperialismus wird die kritik an unterdrückungsverhältnissen, in diesem fall bei strobl - der antisemitismus -, nur in systemverbessernde eben reformvorschläge münden.
logischerweise begrüßt strobl, daß die deutschen linken, nachdem sie in der zeit der golfkriege deutlich bemerkbar eventuelle reste einer antiimperialistischen position aufgegeben hatte, "begannen einzelne auch das verhältnis der deutschen linken zu israel neu zu diskutieren...".
das ist nur kosequent, denn ohne eine grundsätzliche ablehnung gegenüber der imperialistischen politik im arabischen raum (eben nicht dem eurozentristisch-eingeordneten "nahen osten") ergibt auch eine ablehnung des imperialistischen brückenpfeilers "israel" in der immer noch strategisch wichtigen region, keinen sinn.
gerade das hat sich in den golfkriegen deutlich gezeigt.
folgerichtig setzt strobl in ihrem text jüdisch und zionistisch, antisemitisch und antizionistisch gleich, aus dem zionistischen staat wird der jüdische staat; und "
"daß auch heute, außer eben in einem jüdischen staat, in keinem land der welt juden von antisemitismus sicher sind."

es ist schon immer wieder verblüffend mit welch plumpen mitteln der reformismus arbeitet, da diese form der rhetorik so leicht zu durchschauen ist.
es muß ihnen leider nicht peinlich sein, da die quantitativ hohe wiederholung als gehirnwäscheprogramm ausreicht, um bei fortschrittlich gesinnten frauen und männern wirkung zu zeigen. die ursache ist nicht nur bei der stärke des imperialismus ange-

siedelt, es ist gerade in der brd ein langandauerndes problem, daß die "arbeiteraristokratie" zb. in ihrer vertretung durch die sozialdemokraten (wer hat uns verraten - die sozialdemokraten) kontinuierlich die revolution auf deutschem boden verhindert und bekämpft haben. diese kontinuität läßt sich von zb. bernstein, einem hauptideologen der opportunistischen fraktion in der sozialdemokratischen bewegung von vor 100 jahren bis helmut schmidt 1977, verantwortlich für die morde in stammheim, verfolgen.
darin eingeordnet argumentiert strobl ebenso vor allem gegen die revolutionären positionen, "die linken argumente gegen israel in neuer terminologie altbekannte antisemitische vorwürfe gegen "die juden"...", und "von der radikal antizionistischen fraktion der deutschen linken werden sie von opfern der deutschen vernichtungspolitik zu opfern der zionisten gemacht; dieses manöver linken geschichtsrevisionismus wurde bereits ausführlich beschrieben."
nach der gleichsetzung jüdisch-zionistisch, verteilt sie jetzt auch noch die verantwortung um. nicht etwa der deutsche imperialismus hat im kalten krieg die geschichtsschreibung verfälscht, nein, es sind die linken, die die geschichte nachträglich verfälschen. aber nicht alle linken machen sowas, nein, selbstverständlich sind es die radikalen.
die nachgewiesenen fakten der zusammenarbeit und der gemeinsamen interessen von den deutschen faschisten und der zionistischen siedlerbewegung sind also antisemitisch, weil sie sich gegen die zionisten (also gleich juden) richten.
deutlich zeigt diese argumentation, wie die zionistische propaganda, hier von strobl vertreten, den antisemitismus braucht und gebraucht. in dieser propaganda gibt es keine antizionistische position von jüdinnen und juden. eine antizionistische position ist allenfalls der verrat am jüdisch-sein, aber keinesfalls eine eigene politische identität.
der zionismus ist eine politische bewegung, keine religiöse. der zionismus wird/wurde nicht nur deshalb von linken jüdinnen und juden abgelehnt.
bekanntlich lebt die große mehrheit der jüdinnen und juden weltweit nicht in "israel", der zionistische staat hat größte schwierigkeiten menschen für seine kolonialistischen siedlerprogramme heranzuschaffen, bzw. die menschen am verlassen des landes zu hindern.
geschickt reiht sich strobl in die antikommunistische kampagne zur mobilisierung ehemaliger bürgerinnen und bürger der su nach "israel" ein, die seit mehreren jahren läuft, um die kontinuierliche annexion palästinensischen bodens und dessen besiedelung zu ermöglichen.
dazu muß jetzt allerdings stalin und die deutsche linke herhalten. stellt strobl noch fest, daß stalins außenpolitik 1948 infolge des beginnenden kalten krieges auf die unterstützung der arabischen regime geschwenkt ist, so wird die innenpolitische situation in der su nur noch durch die "kampagne gegen den kosmopolitismus" inszeniert, die sich fast ausschließlich gegen juden richtet."
die gesamte ära des stalinismus wird so auf die kampagne gegen die "jüdische weltverschwörung" reduziert.
eine derartig dumm-dreiste propagandalüge hat nichts mehr mit einer kritischen auseinandersetzung mit der geschichte der kommunistischen kämpfe, der niederlägen der revolution auch in der su und der konsequenzen daraus zu tun.
eine derartig reduzierte beschreibung der diktatur des männlichen proletariats, besser der HERRschaft der bürokratie hat nur noch das platte antikommunistische niveau von rias berlin. dabei gibt es doch wirklich viele möglichkeiten, sich konstruktiv und aus einem tatsächlich fortschrittlichen interesse heraus mit der geschichte der su zu beschäftigen.
zb. hat jewgenia ginsburg ihre geschichte von 18 jahren lager und verbannung aus kommunistischer sicht geschrieben, ("marschroute eines lebens" und "gratwanderung").
aber wie wir immer wieder in unserem beitrag festgestellt haben, geht es hier nicht um auseinandersetzung mit dem ziel einer tatsächlichen veränderung der gesellschaftlichen verhältnisse von ausbeutung und unterdrückung, sondern um den kampf gegen noch vorhandene revolutionäre positionen.

"so übernahm die neue deutsche linke zusätzlich zu dem quasi ererbten "bürgerlichen" antisemitismus den als antizionismus verkleideten antisemitismus stalins und seiner nachfolger".
mal abgesehen davon, daß der größte teil der bundesdeutschen linken den kalten krieg verinnerlicht hatte, war stalin noch nie besonders gefragt oder aktuell.
die bundesdeutsche solidaritätsbewegung mit dem befreiungskampf des palästinensischen volkes, der palästinensischen revolutionären bewegung, hatte die allermeisten informationen von den kämpfenden organisationen selber.
das waren die unterschiedlichen politischen parteien aus palästina oder andere palästinensische und arabische institutionen wie zb. die palästinensische presseagentur "wafa".
darüber hinaus gibt es auch tatsächlich vereinzelt gute und genaue bücher, die ins deutsche übersetzt wurden und sich mit der zionistischen besiedlung beschäftigen.
sehr lesenswert ist zb. "die erde habt ihr uns genommen - 100 jahre zionistische siedlungspolitik in palästina" vom arabischen buch herausgegeben.
darum geht es aber strobl angeblich nicht, da wir das ja alles schon wüßten,... .
die politisierung, radikalisierung und revolutionierung der 68er-bewegung mit ihrer antiimperialistischen, internationalistischen richtung, ordnet strobl gleich ein, als "eine mischung aus ignoranz, naiver selbstgefälligkeit, historischer ahnungslosigkeit und kaltem desinteresse gegenüber der shoa prägt also die haltung vieler deutscher linker nach der "kehrtwende" 1967, als sich die mehrheit der deutschen linken von israel ab und "den palästinensern" zugewandt hatte."
ulrike und die anderen genossinnen und genossen, die im kampf ihr leben gelassen haben, würden sich im grabe umdrehen, wenn sie sich dieses moralgeblubber anhören müßten. hatte nicht gerade die 68er-bewegung gegen die faschistische kontinuität rebelliert? da war doch was....
diese "kehrtwende" hatte nicht etwa ihre ursachen in den zionistischen blitzangriffskriegen, sondern in der "naiven selbstgefälligkeit" und in der "historischen ahnungslosigkeit".
allerdings hatten die genossinen und genossen damals viel zu tun und nachzuholen, da es wegen und während des kalten krieges, der antikommunistischen ideologischen schlacht des aufstrebenden deutschen imperialismus, keine fortschrittliche, marxistische literatur in den buchläden gab.
laut strobl wurde ende der 60er jahre und in den 70ern nicht gekämpft, so muß es sich bei den angriffen der raf und anderer militanter gruppen um reine gefühlsduselei und verstecktem antisemitismus gegenüber dem us-kapital handeln. denn - logischerweise (nach strobl) ist der antikapitalistische kampf auch antisemitisch, (und deshalb auch moralisch verwerflich), wenn sich unter den kapitalisten auch juden befinden.
für strobl handelt es sich vor allem um psychologische probleme: "...auf "die" palästinenser projizierten von der eigenen erfolglosigkeit frustrierte, bundesdeutsche linke ihre träume und hoffnungen, wie sie diese, ähnlich undifferenziert, auf viele andere völker projizierten, von vietnam bis portugal, von nicaragua bis kurdistan.".

jetzt wissen wir es endlich: der angriff aufs headquarter 1972 war ein akt der reinen selbstbefriedigung, wahrscheinlich auch aus der frustration der kindheitserlebnisse heraus,... daß auf vietnam 48 stunden keine bomben fallen konnten, war ein willkommenes beiprodukt.
so sehen sich die intellektuellen vielleicht selbst, andere sitzen dafür heute noch in den bundesdeutschen hochsicherheitsknästen.

da es für strobl (und andere) keinen kampf gegen das imperialistische patriarchat gibt, hat sie auch nur einen patriarchalen bezug zur geschichte.

in ihrem antikommunismus sind wir die biologisch definierten, "die sich als links verstehenden nachkommen der tätergeneration"..."wie unbewußt auch immer, durch die israelische politik gegen die palästinenser, fühlten sich viele deutsche linke befreit von jeder verantwortung, der sie sich als nachkommen der täter womöglich stellen müßten."...
gerade ein kennzeichen patriarchaler geschichtsschreibung ist, daß wir frauen nicht an unsere politische geschichte, der geschichte des widerstandes von frauen gegen das patriarchat in seinen verschiedenen historischen ausformungen, anknüpfen sollen.
es ist für uns überlebensnotwendig an die widerstandsgeschichte unserer politischen und eben nicht biologischen vorfahrinnen anknüpfen.
erst aus dem wissen um die geschichte, werden die heutigen gesellschaftlichen verhältnisse begreifbar; aus dem anknüpfen an unsere widerstandsgeschichte, auch gegen den deutschen faschismus, ergibt sich die kontinuität und die perspektive unserer kämpfe. uns unsere bezüge zur geschichte zu nehmen, ist ein angriff auf unsere gesamte identität.
eben darin sind sich die opportunisten und imperialisten einig.
für strobl sind die bezüge der deutschen linken zur jüngsten vergangenheit "selektiv im zusammenhang mit der deutschen arbeiterbewegung" und "marginal, was den deutchen widerstand" betrifft,..."

da strobl zwar mehrfach die versäumnisse der bundesdeutschen linken gegenüber nazi-verbrechern und jüdinnen und juden aufzählt, aber keinerlei politische einordnung und aufarbeitung der bundesdeutschen widerstandsgeschichte vornimmt, muß ihre darstellung der geschichte der linken selektiv und denunziatorisch werden.
so verkommt alles zum moralischen vorwurf, wie von der kirchenkanzel herunter, der relativ beliebig gegenüber der linken erhoben werden kann.
der vorwurf erfolgt jedoch aus der distanz, und hat im gegensatz zu kritik und selbstkritik nicht die veränderung der verhältnisse und von sich selbst zum ziel.
strobl behandelt den antisemitismus losgelöst von seinen historischen, ökonomischen und politischen ursachen und den ursachen seiner verwendung heute.
da ihr die materialistischen argumente fehlen, ersetzt sie diese durch psychologisierung und polemik: " zudem spukt auch in den hinterköpfen der linken der verdacht, "die juden" seien alle reich,", "quollen aus linken mündern sottisen (anm. dummheiten), die auf "selbstgefälligkeit, lange unterdrückte ressentiments schließen lassen, ignoranz, kaltes desinteresse", "schlugen sich teile der 68er-", die für kurze zeit die opfer der shoa zu quasi neuen heiligen idealisiert hatten, enttäuscht und empört auf die seite derer, die sie nun "die opfer der opfer"nannten",
..."auf teufel komm raus" (!!!!!), "zwanghaft",..."so diente der antizionismus nicht nur der entlastung von historischer verantwortung, sondern befriedigte auch klammheimliche, antisemitische bedürfnisse", "das material aus dem sie blind (!!!) schöpften",...

es ist ja glücklicherweise nicht diskriminierend wenn "blind geschöpft", "das blinde vertrauen", und die "ebenso blinde ablehnung" als argumente eingesetzt werden.

da der opportunismus in deutschland so alt wie der imperialismus selbst ist, also etwas mehr als 100 jahre, mußten sich auch rosa luxemburg und ihre genossinen und genossen mit ähnlichen politischen auseinandersetzungen herumschlagen.
dazu zum abschluß rosa selbst:
"die reden von heine und anderen haben bewiesen, daß sich in unserer partei ein äußerst wichtiger punkt verdunkelt hat, nämlich das verständnis von der beziehung zwischen unserem ...ziel und dem alltäglichen kampfe. da wird gesagt: das vom ...zie ist eine hübsche stelle in unserem programm, die gewiss nicht vergessen werden darf, aber in keiner unmittelbaren beziehung zu unserem praktischen kampfe steht,...
ich behaupte demgegenüber, daß für uns als revolutionäre, als proletarische partei keine praktischere frage existiert, als die vom ...ziel", oder "sie sehen, daß manche parteigenossen nicht auf dem standpunkt des ...ziels unserer bewegung stehen, und darum ist es nötig, das zum klaren unzweideutigen ausdruck zu bringen...
klipp und klar müssen wir sagen, wie der alte cato; im übrigen bin ich der meinung, daß dieser staat zerstört werden muß.
die eroberung der politischen macht bleibt das ...ziel, und das ...ziel bleibt die seele des kampfes. die arbeiterklasse darf sich nicht auf den dekadenten standpunkt der philosophen stellen:" das ...ziel ist mir nicht, die bewegung ist mir alles."

MIT DER DOPPELAXT
INS HERZ
DER BESTIE
(juni 94)

Golfplätze in Berlin und Brandenburg

ADRESSE	Golf- und Landclub Gatow Kladower Damm 182-288 14089 Berlin	Golf- und Land-Club Berlin-Wannsee Am Stölpchenweg 14109 Berlin	GC Berlin Am Schäferberg Am Wildgatter 47 14109 Berlin	Märkischer GC Potsdam Schmiedeweg 1 15542 Kemnitz	Potsdamer GC Tremmener Landstraße 14641 Tremmen	GC Kallin Tietzower Straße 16 Börnicke bei Nauen	GC Prenden Waldweg 3 16348 Prenden	Golf- und Landclub Semlin am See Ferchesarerstraße 14715 Semlin
Telefon	030 / 309 26 70	030 / 805 50 75	030 / 805 23 28	03327 / 4 05 28 oder 30	033233 / 8 02 44	033230/214; 0161/2327342	033396 / 8 20 / 4 06	03385 / 50 36 00/5
Telefax	030 / 309 26 70	030 / 805 56 31	030 / 805 23 28	03327 / 4 05 29	033233 / 8 09 57	033230 / 214	033396 / 4 07	0161 / 234 69 16
Präsident	Wolfgang Lorenz	Dr. Michael Sonnek	Peter Mevert	Dr W. Kuretschka	Prof. Dr. Gunter Dehr	Michael Schultz	Dr. Jürgen Hagemann	Thomas M. Reger
Ansprechpartner	Ramona Konnerth Schriftführerin	Dr. Jürgen Kohns	Lutz Sebner	Franziska Bachmann	Roland Schmidt (Clubmanager)	Michael Schultz	Katrin Köpke (Sekretariat)	Katharina und Stefan Quirmbach
Gründungsjahr	1969	1895	1990	1989	1990	1990	1991	1992
Mitglieder	380	700	568	420	505	350	300	130
Betreiber	Club	Club	Club	MA-BRO GmbH	Südstern Sportanlagen 80 955	Clubeigene Golfanlage Kallin Betriebs GmbH	Golfplatz Prenden AG	Semliner Golfplatz Projekt Verwaltungs GmbH
Architekt	Eigenleistung	Harris Brothers	Harris Brothers	Christoph Staedler	Graf Thure Gabriel Oxenstierna	Sigi Vollrath	Designer: Torsten Giedeon	Christoph Staedler
Golfplatz Par/SSW	71 9-Loch / 18 Abschläge	70	Damen: 70 (Standard 70) Herren: 70 (Standard 70)	72	72	Damen: 72 Herren: 72 Champion: 73	36 (9-Loch) 72 (18-Loch)	73 / 72
Länge des Platzes	Damen: 5104 m Herren: 5730 m	Damen: 5008 m Herren: 5750 m	18-Loch-Anlage Damen: 5013 m Herren: 5689 m	18-Loch: Damen: 5440 m Herren: 6120 m 9-Loch: Damen: 5179 m Herren: 5922 m Champion: Damen 5620 m Herren: 6330 m	Damen: 5207 m Herren: 5921 m	Damen: 5321 m Herren: 6052 m Champion: Damen: 5548 m Herren: 6280 m	9-Loch: Damen: 2675 m Herren: 3025 m 18-Loch: Damen: 5585 m Herren: 6110 m Champion: 6465 m	Par +73: Damen: 5617 m Herren: 6384 m Par +72: Damen: 5413 m Herren: 6078 m
Green Fee	30,– / 40,– DM	60,– / 80,– DM	60,– Dollar	40,– / 60,– DM	60,– / 80,– DM	45,– / 60,– DM 60,– / 85,– DM	9-Loch: 60,– / 80,– DM 18-Loch: 80,– / 100,– DM	50,– / 70,– DM
Driving Range	Provisorium	10,– DM	10,– Dollar	15,– / 20,– DM 6-Loch-Kurzanlage öffentlich	10,– DM (5 DM 50 Bälle)	18,– DM	10,– / 15,– DM	10,– DM
Trainerstunden	Do + Sa	38,– DM (30')	16,– Dollar (30')	auf Anfrage 25,– bis 30,– DM	60,– DM (50')	39,– DM (30')	35,– DM (30')	22,– / 40,– DM (30')
Pro-Shop	Joe Rumney 030 / 309 26 70	Fa. Hajo Platz Sportmoden 030 / 805 30 01	Bob Wise 030 / 819 65 33	Georgi Todorovic 03327 / 4 05 28	Simone Fisher 033233 / 8 09 54	Inge Bothe 033230 / 2 14	Sandy Walker 0172 / 315 24 45	Stefan Quirmbach 03385 / 50 36 85
Gastspieler	Nach Anmeldung	Hcp 34	Hcp 36	Handicap 36	Clubausweis, Platzerlaubnis	Hcp-Spieler Anfrage (9-Loch-Anlage)	Hcp 36 / Mitglieder von Golfclubs	Hcp 36 Platzreife
Mitgliedschaft	Warteliste	ausgebucht	ausgebucht	20 Jahre: 22 500,– DM Ehepartner: 18 000,– DM	Lebenslang: 19 500,– DM Ehepartner: 12 675,– DM	Clubbeitritt 3000,– DM Lebenslanges Spielrecht 12 000,– DM + 3000,– DM im Jahr 2000	Jahresmitgliedschaft 2750,– DM Aktie 22 000,– DM	30 Jahre: 17 250,– DM Ehepartner: 11 500,– DM

In den letzten Tagen wurden an zahlreiche Göttinger Haushalte Wurfsendungen verteilt, welche die bevorstehenden Bundestagswahlen...



Wahlamt, Hiroshimaplatz 1-4,
37070 Göttingen,
Tel. 0551 / 400- 2412

Stadt Göttingen - Wahlamt -

An den Haushaltsvorstand

Göttingen, den 01.10.1994

Betr.: Wichtige Änderung des Wahlverfahrens zum Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Wählerin, sehr geehrter Wähler,

wie Sie sicherlich wissen, befinden wir uns im sogenannten Superwahljahr 1994. Jede Wahl stellt für den Bund oder das jeweilige Land eine große finanzielle Belastung dar. Allein für die bevorstehende Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 müssen über 40 Millionen Wahlzettel gedruckt werden. Zugleich ergibt sich ein erheblicher Verwaltungsaufwand. Dies stellt für den Bundeshaushalt eine große finanzielle Belastung dar.
Die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und der damit verbundenen Arbeitsplätze hat für die Bundesregierung momentan höchste Priorität. Daher sieht der Nachtragshaushalt für 1994 Einsparungen in allen Bereichen vor. Einer dieser Bereiche betrifft auch die Wahlen.
Einhergehend mit den nachstehenden Veränderungen wird eine Verbesserung des Wahlablaufs erreicht. Eine Entbürokratisierung wird den Verwaltungsapparat entlasten. Des weiteren soll das parlamentarisch bewährte Repräsentationsprinzip weiter ausgebaut und auf der Bürgerebene eingerichtet werden.

Daher sehen die Änderungen wie folgt aus:

- Sie sind als **Wahlorganisator** für ihren Straßenblock ausgelost worden. Diese verantwortungsvolle Tätigkeit haben Sie im Sinne ihrer staatsbürgerlichen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen.

Ihre Aufgaben sind:
Ermitteln Sie die Interessenlage der Anwohner Ihres Straßenblocks bezüglich der kommenden Wahlen und gehen Sie für diese stellvertretend und verantwortungsbewußt repräsentierend zur Wahl.
Die Anwohner ihres Straßenblocks brauchen nicht mehr zur Wahl zu gehen. Sammeln Sie daher die Wahlbenachrichtigungen wieder ein und schicken Sie sie an das zuständige Wahlamt zurück.

Die Vorgehensweise zur Durchführung Ihrer Aufgabe bleibt Ihnen überlassen. Hier jedoch einige Tips und Anregungen:

- Sie können eine Bürgerversammlung für Ihren Straßenblock einberufen, um die Interessenlage zu ermitteln. Dabei ist es gleichzeitig möglich, die Wahlbenachrichtigungen quasi als "Eintrittskarte" zur Bürgerversammlung einzusammeln. Dies spart Zeit und Arbeit.

- Bei der Organisation ist Ihnen das Wahlamt gerne behilflich. Zivildienstleistende stehen als Helfer für die Organisation zur Verfügung. Fordern Sie daher alles an, was sie brauchen.

Sollten Sie aus selbst nicht zu vertretenden Gründen nicht in der Lage sein, ihre staatsbürgerliche Pflicht wahrzunehmen, delegieren Sie die Aufgabe an eine Person ihres Vertrauens. Diese Person muß jedoch wahlberechtigt und in Ihrem Straßenblock gemeldet sein. Den Namen der Person geben Sie bitte an das zuständige Wahlamt weiter.

Für weitere Informationen oder Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Wenn wir die Revolution machen könnten, bräuchten wir keine bürgerlichen Parlamente mehr wählen. Deshalb:

Für eine kritische Unterstützung der PDS!

Es existieren heute eine Vielzahl von Möglichkeiten, diese Gesellschaft zu verändern. Es wäre kriminell und unmenschlich, sie nicht auszunutzen. Alles, was möglich ist, um dieses System zu verändern, muß getan werden.

Mara Cagol

Wir behaupten nicht, daß bei den Bundestagswahlen 1994 die Revolution zur Wahl steht. Wir behaupten auch nicht, daß es jemals möglich sein wird, die Revolution zu *wählen* statt sie zu *machen*. Wir können nicht einmal eine Partei empfehlen, die eine zeitgemäße revolutionäre Politik praktiziert. Denn diese Partei existiert nicht.

SPD und Grüne

Die SPD hat mit ihrer Unterstützung von Auslands-Einsätzen der Bundeswehr und der fast vollständigen Abschaffung des Asylrechts einmal mehr gezeigt, daß sie in vielen Fällen nicht einmal mehr reformistische Positionen vertritt. Die Grünen haben sich den herrschenden Verhältnissen inzwischen soweit angepaßt, daß sie sich nicht mehr nur in Koalitionen - also in der *praktischen Regierungspolitik* - der SPD unterordnen, sondern *ihr eigenes Programm* um Forderungen, die einst das grüne Profil bestimmten, bereinigt haben: Offene Grenzen, Sofort-Ausstieg aus der Atomwirtschaft, NATO-Austritt - alles keine Themen mehr für die Grünen.

Von *zurecht* chancenlosen stalinistischen und 'trotzkistischen' Sekten wie der MLPD und dem Bund sozialistischer Arbeiter wollen wir hier gar nicht erst reden.

Aber die PDS? Die PDS ist keine revolutionäre Partei. Es gibt in ihr auch keine *relevanten* Kräfte, die zur Rekonstruktion der revolutionären Linken beitragen wollen bzw. können. Es gibt in ihr *keine offene Diskussion*, darüber, welche Mittel geeignet sind, die bestehenden Verhältnisse mit dem Ziel einer herrschafts- und ausbeutungsfreien Gesellschaft umzuwälzen. *Vielmehr zerfällt* die PDS in folgende Lager:

Der Modrow-Flügel ...

Die **große Mehrheit der Mitglieder und WählerInnen der PDS** ist weiterhin von der "Stagnationsperiode" (Gorbatschow) des Realsozialismus geprägt: Aus dem Potential der integriert-werden-Möchtenden, aber noch-nicht-im Kapitalismus Angekommenen, resultiert die Stärke der PDS, solange die vom BRD-Imperialismus vorangetriebene Integration der ehemaligen DDR in die BRD noch nicht gelungen ist. Dieses Potential ist *selbst* in theoretisch-ideologischen Fragen weitgehend indifferent bis desinteressiert. Der Pragmatismus dieser ostdeuschen BasisaktivistInnen, versucht sich auf die 'Alltagssorgen der Menschen' und Sympathiewerbung für die PDS zu konzentrieren und betracht den mit Theoriedebatten verbundenen Meinungsstreit als dafür schädlich.

Dieses Potential sieht sich, obwohl es sich selbst über den Flügelstreit erhaben dünkt, in seiner große Mehrheit vom sozialreformerischen Flügel um Hans Modrow u.a., in seiner verschwindenen Minderheit von der Kommunistischen Plattform vertreten. Während sich ersterer der Orientierung auf eine soziale respektive 'sozialistische' Marktwirtschaft weitgehend angepaßt hat, hält letztere an einer dogmatisch-standpunkthaften Kapitalismus-Kritik fest. Beides ist aber von einer wissenschaftlichen Analyse der Dynamik und der Widersprüche der herrschenden Gesellschaftsformation und von einer diese umwälzenden politischen Praxis weit entfernt.

Auch bedienen beide Strömungen oft nationalistischer Positionen. Erinnert sei nur an die Modrow-Parole "Deutschland einig Vaterland" und die Zusammenarbeit der Kommunistischen Plattform mit Kräften, die dem Leninplatz in Berlin seinen Namen durch den Hinweis darauf zu erhalten suchten, daß Lenin Hegel *in Deutsch* gelesen habe und gegen den Versailler Friedensvertrag gewesen sei.

...und die Kommunistische Plattform der PDS

Gemeinsam ist beiden Tendenzen auch die *moralische* Verdammung der Praxis zumindest der Honecker-Zeit (selbst bei der Mehrheit der Kommunistischen Plattform auch der der Ulbricht/Stalin-Zeit). Unterschiedlich stark gewichten sie die Betonung des ***"guten* Willens"**, der bei den FunktionärInnen der Kommunistischen Parteien trotz ihrer *schlechten* Praxis vorhanden gewesen sei. So **soll** - gemäß der Parole, daß doch "nicht alles" im Realsozialismus "schlecht" gewesen sei - die Tradition / das Erbe **gerettet werden**; bei der Plattform einschließlich, bei den SozialreformerInnen ausschließlich der "marxistisch-leninistischen" *Rhetorik* des (Post)stalinismus. Marx und Engels hatten im Gegensatz zu einer solchen Herangehensweise immer wieder - gegen jeden *Idealismus des Willens - das Primat der Praxis betont* (s. bspw. MEW 3, 49 - Deutsche Ideologie; MEW 13, 9 - Kritik der Politischen Ökonomie). Demgegenüber läuft der Rekurs auf den (vermeintlich) 'guten Willen' praktisch auf eine offene oder verdeckte Apologie der stalinschen Abweichung hinaus - so bspw. wenn von Teilen der KPF Stalinismus-Kritik *von links* als "moderner Antikommunismus" denunziert wird.

So bestätigt sich einmal mehr das Wort vom Stalinismus als "posthume Rache der II., sozialdemokratischen Internationale" (Althusser), während - ceteris paribus - der Neo-Sozialdemokratismus in der PDS als "posthume Rache des Stalinismus" bezeichnet werden kann.

Die PDS-Vordenker

Die **stärkste Stellung unter den FunktionärInnen und anderen AktivistInnen** der PDS hat demgegenüber die Strömung um Gysi und André Brie. Diese 'Vordenker' der PDS ergänzen den Sozialreformismus der erst genannten Strömung um ökologische, 'zivilgesellschaftliche' und frauenpolitische Reformforderungen aus den sog. neuen sozialen Bewegungen der Alt-BRD. Trotz einer gewissen

Bewegungsorientierung hat auch diese Strömung nicht konsequent mit der Staatsfixiertheit der SED gebrochen, wie die Gysi-Forderung nach einer Stände-Kammer mit VertreterInnen 'gesellschaftlicher Gruppen' und ähnlich kuriose Vorschläge oder die aktuelle Distanzierung vom Wahlplakat der PDS-HH, das die Freilassung aller Gefangenen aus der RAF fordert, zeigen. Nur zu gerne würde auch diese Strömung - wenn es ihr nur erlaubt würde - den BRD-Imperialismus zusammen mit SPD und GRÜNEN *verwalten*. Trotz der Absicht, sich von der Politik der SPD und der 'Selbstintegration' der GRÜNEN abzugrenzen, wird die *Praxis* des Versuchs, sich als linke Reformpartei salonfähig zu machen - trotz gegenteiligen *Willens* - zwangsläufig zum gleichen Ergebnis wie bei SPD und GRÜNEN führen. Schon jetzt besteht tendenziell die Neigung, die 'moderne bürgerliche Gesellschaft' aus der vergleichenden Perspektive des zusammengebrochenen Realsozialismus schönzufärben statt sie aus der Perspektive einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu bekämpfen.

Der anti-etatistische PDS-Flügel

Der linkeste Flügel in der PDS schließlich ist ein diffuses Spektrum vor allem aus der AG Junger GenossInnen sowie Linken, die aus den BRD-Grünen sowie der Vereinigten Linken und dem Unabhängigen Frauenverband der Ex-DDR zur PDS gekommen sind. Deren Stellung beruht zum geringen Teil auf eigener Stärke, sondern darauf, daß sie von der zentristischen Strömung für "Gysis bunter Truppe" benötigt werden - um aus dem ost-bürgerbewegten, west-grünen und autonom-antiimperialistischen Spektrum WählerInnen-Stimmen zu bekommen. Dieser PDS-Flügel unterstützt und macht außerparlamentarische Bündnisarbeit und besetzt in der PDS randständige Themen wie Antifa-Arbeit, die über Traditionalismus hinausgeht, Antirepressionsarbeit etc.
Aus dieser Strömung kommen auch die Warnungen vor einer Beteiligung der PDS am Schnüren *inhaltlicher* Koalitions- oder Tolerierungs*pakete, wo sie* kleine Zugeständnisse, die sie evtl. *erreichen* kann, und große Zugeständnisse, die sie dann *machen* muß, als große Erfolge ausgeben müßte. Denn anders als bei einer *punktuellen* Unterstützung einer SPD/Grünen-Regierung erfordert eine Koalitions- oder Tolerierungs*vereinbarung* die Billigung des Gesamt-Paketes - und wie soll diese Billigung anders als dadurch, Scheiße für Gold zu verkaufen, gerechtfertigt werden?!
Insofern betreibt dieses PDS-Spektrum also durchaus eine desintegrative Politik. Aber es kritisiert die Kommunistische Plattform häufig nicht *von links*, *sondern* unter Bedienung antikommunistischer Stereotypen; hat eine bürgerlich, allgemein-demokratische Kritik an der Stasi, vertritt eine (wenn auch nicht parlamentarische, so doch bewegungsorientierte) gradualistische, d.h. die Machtfrage ignorierende, Konzeption von Gesellschaftsveränderung und gibt sich oft mit Nischenpositionen in der Partei zufrieden, anstatt offensiv die Auseinandersetzung mit deren etatistischen Reformismus zu führen.

Revolution und Wahlen

Trotz dieser ernüchternden Bilanz werden wir PDS wählen, und rufen andere dazu auf, es ebenfalls zu tun. Denn "es gibt in der Tat auch das geringere Übel, das zugleich Vorteile, die Möglichkeit des freieren Atems (...) mit sich bringt", wie es selbst ein so ausgewiesener Kritiker institutioneller Politik wie Johannes Agnoli formuliert hat - ohne die "bittere Erkenntnis", daß nur ein geringeres Übel zur Wahl steht, "zu einem freudigen Bekenntnis um(zu)stilisieren". -
Wir hatten oben gesagt: die Revolution steht nicht zur Wahl. Und wir ergänzen an dieser Stelle: Selbst wenn die PDS in den Bundestag kommt und dadurch die Mandatsmehrheit von CDU/CSU und FDP gebrochen wird - und ***nur dadurch***, daß die PDS in den Bundestag kommt, besteht dazu die Chance! - wird es nicht einmal eine Reformpolitik im Stil der ersten Jahre der sozial-liberalen Koalition in der BRD Ende der 60er / Anfang der 70er Jahre geben. Selbst, wenn der unwahrscheinliche Fall eintritt, daß sich SPD und Bündnis'90/Grüne von der PDS auch auf Bundesebene tolerieren lassen: Der Unterschied zu der bestehenden Regierungskoalition wäre die Umverteilung von einigen 100 Millionen DM pro Jahr in den nächsten Bundeshaushalten, vielleicht eine Ausschöpfung des geringen vom Bundesverfassungsgericht gelassenen Spielraums beim § 218, einige Umweltschutzvorschriften, mit denen moderne Kapitalfraktionen Profit machen können, und einige nicht-haushaltswirksame Gesetze (im Bereich des Strafrechts bspw. weniger eine Liberalisierung, als vielmehr das Unterlassen von Verschärfungen). Nicht viel, aber auch nicht nichts.
Wer/welche mehr will, darf sich nicht aufs Wählen beschränken, sondern muß kämpfen - für die Revolution, selbst wenn's nur mehr Reformpolitik sein soll. Denn - um noch einmal Agnoli zu zitieren: die Revolution ist der "Stachel des Fortschritts". "Fehlte der Hinweis auf die mögliche Gefährdung durch 'Schlimmeres', sähe keine Macht der Welt ein, warum etwas geändert, humanisiert werden sollte. (...). Wenn links von den Linken, die man traditionell zu nennen pflegt, nichts ist, sinkt die traditionelle Linke zur Kraftlosigkeit herab (...)."

I ... Linke, die über die Gemeinsamkeiten nicht die Unterschiede und über die Unterschiede nicht die Ge- ... Erststimme für die in ihren Wahlkreisen aussichtsreichsten ... chancenreichen KandidatInnen links von ... wählen - als Zeichen für eine Position links ...
Vor und nach der Wahl: An der Rekonst...
Gegen Patriarchat, Rassismus und Klassenherrschaft! Für ein... und demnach ohne Staat!

Zensur.....Zensur.....Zensur.....Zensur.....Zensur.....Zensur.....Zensur...
Es folgt ein Beitrag zur Bundestagswahl 1994. Der Wahlwerbespot gibt nicht dei Meinung der Redaktion wieder und kann deshalb nicht gesendet werden.
.....Zensur.....Zensur.....Zensur.....Zensur.....Zensur.....Zensur.....Zen

Wann kommt Irmgard Möller raus?

Das Foto zeigt Irmgard Möller. Sie wurde am 13. 5. 1947 geboren, studierte Germanistik, entschied sich nach den StudentInnenunruhen 1967/68 für den bewaffneten Kampf und schloß sich 1971 der RAF an. - 1972 führte die RAF mehrere Aktionen gegen Einrichtungen der US-Army durch, unter anderem im Mai auf das Headquarter in Heidelberg, in welchem Einsatzplanungen für die Bombardements in Vietnam erstellt wurden.

Irmgard Möller wurde 1972 verhaftet und 1976 wegen Mitgliedschaft in der RAFzu 4,5 Jahren Gefängnis verurteilt. Kurz vor ihrer Entlassung (aufgrund einer Kronzeugenaussage) neuer Haftbefehl. Heute ist sie die am längsten inhaftierte Frau in der BRD.

Sie wurde im Januar 1977 nach Stuttgart-Stammheim in eine Kleingruppe mit Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe verlegt. Als einzige überlebte sie, schwerverletzt, die Nacht zum 18. 10. 1977. (Staatsoffizielle Verlautbarungen unterstellen kollektiven Selbstmord. Gutachten beweisen das Gegenteil, und auch sie selbst sagt, daß es kein Selbstmord war. - Bis heute wird jedoch, wer von staatlicher Tötung spricht, strafrechtlich verfolgt.)

Seit ihrer Verhaftung vor 22 Jahren unterliegt sie besonderen Haftbedingungen (Isolation und sog. Kleingruppenvollzug), die ihre Gesundheit angegriffen haben. Dennoch steht sie zu ihrer politischen Geschichte und widersetzt sich dem staatlich geforderten Abschwören.

Seit 1980 ist Irmgard Möller in Lübeck inhaftiert, zur Zeit mit Hanna Krabbe und Christine Kuby zusammen, die auch schon 19 bzw. 16 Jahre eingesperrt sind. Daß ihre Freilassung weiterhin nicht in Sicht ist, bedeutet die Todesstrafe auf Raten.

Wir müssen klar sehen, es geht für den Staat nicht um die Frage, ob Irmgard oder andere Gefangene aus der RAF nach dem Knast wieder bewaffnet kämpfen oder nicht. Es geht darum, ob sie an ihrer Geschichte und ihrer Gegnerschaft zum existierenden System festhalten. Irmgard steht für fast die gesamte Geschichte der RAF und fast die gesamte Geschichte des Kampfes der politischen Gefangenen.



Als einzige Überlebende der Nacht vom 18. 10. 1977 in Stammheim widerspricht sie der staatlichen "Selbstmord"-version und soll auch deshalb nicht freigelassen werden.

Wenn überhaupt sollen Irmgard und die anderen politischen Gefangenen erst rauskommen, wenn sie sich und ihre Geschichte vollständig verleugnen. Es liegt an uns, den Staat daran zu hindern, die politischen Gefangenen bis an ihr Lebensende in Gefangenschaft zu halten.

In diesem Sinne rufen auch wir zur Demo und Kundgebung am 18. 10. 94 auf:

Demo 18. 10. 1994 - 17.00 Uhr - Adenauerplatz
Route: Adenauerplatz - Kreuzung Joachim-Friedrich-Str./Kurfürstendamm (Türkisches Konsulat) - Breitscheidplatz

Kundgebung 18. 10. 1994 - 19.30 Uhr - vorm Knast Alt-Moabit

- Für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller!
- Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF mit der Perspektive ihrer Freilassung!
- Sofortige Aufhebung der Sonderhaftbedingungen bei Birgit Hogefeld!
- Freiheit für die verhafteten und verfolgten Antifas!
- Freiheit für die kurdischen politischen Gefangenen!

Initiative für die politische Diskussion mit den Gefangenen, Jesuitenkommunität Kreuzberg, Tommy-Weißbecker-Haus, Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen"

Nochmal was zum Bullen links / s.Interim Nr.301, Seite 19.



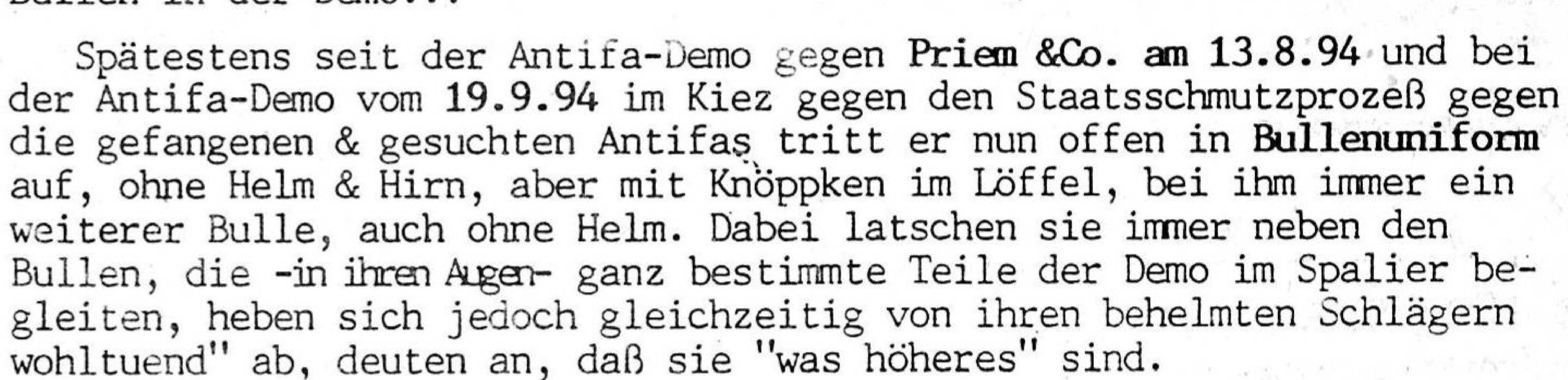
Der Bulle fiel mindestens zwei Mal unangenehm auf, wie er sich **"in zivil"** am Rande von Demos unter TeilnehmerInnen mischt.

Einmal bei der **Knast-Solidemo** für die **Gefangenen Antifas** am 18.12.1993 von der Plötze bis Moabit. Das andere Mal bei der Friedelhainer **Antifa-Demo** vom **29.1.1994.**

-Hierbei ist es durchaus interessant sich nochmal zu vergegenwärtigen, daß dies der **letzte öffentliche Auftritt** der fünf Tage später in der Interim enttarnten **MEK**-lerin **Christine Schindler** gewesen ist. Sie saß da ja im Vorbereitungskomitee der Demo, was erklärt, weshalb die Bullen schon in allen Häusern drin waren, wo bekannte Faschos wohnen und was während der Demo bekanntgegeben werden sollte...-

Zurück zu dem Bullen: er trat bei beiden Malen in Begleitung einer blonden rel.jungen Frau auf (höchstens Anfang 30, blondes langes Haar, mal als Zopf hinten gebunden, mal offen, immer mit Pallituch und auf dem Rücken einen kleinen Rucksack).

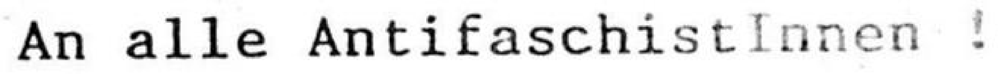
Damit waren z.B. auf der Antifa-Demo vom 29.1. mindestens drei nachweislich bekannte Bullen in der Demo...



Spätestens seit der Antifa-Demo gegen **Priem &Co. am 13.8.94** und bei der Antifa-Demo vom **19.9.94** im Kiez gegen den Staatsschmutzprozeß gegen die gefangenen & gesuchten Antifas tritt er nun offen in **Bullenuniform** auf, ohne Helm & Hirn, aber mit Knöppken im Löffel, bei ihm immer ein weiterer Bulle, auch ohne Helm. Dabei latschen sie immer neben den Bullen, die -in ihren Augen- ganz bestimmte Teile der Demo im Spalier begleiten, heben sich jedoch gleichzeitig von ihren behelmten Schlägern wohltuend" ab, deuten an, daß sie "was höheres" sind.

Diese Vermutung wurde uns **am 19.9.94 bestätigt.**
Dieser Bulle gehört zu **Tibet 1 = Bulleneinsatzleitung** mit Sitz **Kruppstraße.** Tibet-"Kräfte" der Bullen zeichnen sich schon seit längerem durch übelste Schlagstockeinsätze auf DemonstrantInnen aus & sind äußerst aggressiv, einige scheinen offensichtlich unter Drogeneinfluß zu stehen.

Direktion 5 - **Referat Öffentliche Sicherheit** - Friesenstraße, 10965 Berlin.



An alle AntifaschistInnen !

Als TeilnehmerInnen am diesjährigen Antifa-Workcamp in Buchenwald möchten wir Euch davon in Kenntnis setzen, daß das Museum nebst **Ausstellung der KZ-Gedenkstätte** seit dem 30.9.1994 geschlossen worden ist.

Unter der Führung von fünf rechten westdeutschen **"Historikern"** um **Eberhard Jäckel** (Stuttgart), Messerschmidt (Freiburg) & Lutz Niethammer (jetzt Jena) und einem offensichtlich übergelaufenen ex-SED-Historiker soll jetzt **die Geschichte** selbstverständlich "objektiv" **umgeschrieben** werden. Wies halt fast überall derzeit läuft und dann ganz dreist, wie zur Verhöhnung der Opfer und der Überlebenden Antifaschisten & Antifaschistinnen pünktlich **zum 50.Jahrestag der Selbstbefreiung 1995 wiedereröffnet** werden.

Wir hatten noch die Gelegenheit, die Ausstellung zu besuchen.
Wir sind der Meinung, daß diese Ausstellung für DDR-Verhältnisse sehr sehr gut ist, äußerst anschaulich -wirklich fortschrittlich. Wir konnten auch keine -wie sonst üblich- übertriebene Heroisierung bestimmten Widerstands feststellen.
Die Verantwortlichen haben es geschafft, den BesucherInnen immer das Allgemeine mit dem Besonderen zu zeigen: so z.B. neben Bildern und Graphiken Zeugnisse des barbarischen Alltags der Häftlinge o. Briefe relativ unbekannterer Chargen aus heut noch existierenden Firmen der BRD oder konkreten Ärzten, daß sie für dies o. jenes doch von der SA/SS noch ein paar mehr Menschen bräuchten usw...Besonderes Augenmerk verdiente auch die konkrete Nennung aller Firmen, die profitierten.

Wir wissen jetzt sicher, daß die komplette Ausstellung eingestampft werden soll. soll !!! Das ist ein Verbrechen, das wir nicht hinnehmen dürfen & sollten.

Wir fordern alle Menschen auf, dagegen bei den Verantwortlichen Druck auszuüben und Widerstand zu leisten. Macht den Verantwortlichen klar, was Ihr davon haltet. Studies, die diese Profs kennen -wir werden uns um die vollständige Liste der beteiligten Profs noch bemühen...

Federführend für das ganze ist das **thüringische Ministerium für Wissenschaft und Un-"Kultur" -namentlich** deren Pressereferent

Jens Panse -tel.	0361/3473100
-fax	0361/3473154

Gegen die Umschreibung & Auslöschung revolutionären Widerstands durch die Herrschenden und ihre Büttel !

Zornige autonome AntifaschistInnen.

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

Donnerstag 13.10.

Donnerstag, 13.10., 18.30 Uhr, ARRANCA lädt ein! Lesung Nanni Balestrini, Mathe-Gebäude, TU Berlin

Freitag 14.10.

Fr. 14.10. 21Uhr: **"Einheizfest '94"** Mitschnitte aus dem Bremer Regionalfernsehen zu den Ereignissen am 2.10.94 **im CLASH**

im Wedding, Uferstr. 13, 13357 Berlin, U8 Pankstr., U9 Nauener Platz

Fr.-Sa. 14./15.10. 17Uhr: Dokoturnier im CLASH

STREBA-FETE



Einlaß ab 22.00 Uhr

im SUB

Freitag, 14. Oktober '94

in Mitte
Brunnenstr. 7
U-Bhf. Rosentaler Platz

LINKE OPPOSITION IN MOSKAU
ZWISCHEN STALINISMUS UND SUBKULTUR
ZWEITEILIGES DOKUMENTARVIDEO, 150 MIN., BERLIN 1994
DEUTSCH SYNCHRONISIERT
MUSIK VON MONGOL SHUUDAN U.A.

VIDEO

SA., 15.10.
20 Uhr
EX
(Gneisenaustr. 2a)

MO., 17.10.
20 Uhr
Yorckstr. 59
(Hinterhaus, 2 Stock rechts)

Samstag 15.10.

Sa. 15.10. Party im SYNDIKAT ab 20 Uhr

SOLI-PARTY FÜR DIE ANTIFA
in Potsdam am Samstag, 15.10.'94

KARL-LIEBKNECHT-STADION in Potsdam-Babelsberg

13.00 Endspiel des antifaschistischen Fußballturniers von Schwedt:
Flüchtlingsheim Angermünde
gegen
Roter Rhombus Potsdam

ARCHIV-LEIPZIGER STR. 60

17.00 Filme zum Prozeß gegen die inhaftierten und verfolgten AntifaschistInnen, Volxküche, Kaffee und Kuchen, Bücher-Info-T-Shirt-Stände und noch mehr

20.00 Konzert: Eintritt 5,-

PALIVA - POTSDAM
OSTBOMBE - POTSDAM
GEMEINER HUFLATTICH - LEHNIN
BLOOD BONES - BRANDENBURG
CRAWS FISH - BRANDENBURG
BOYKOTT - WITTSTOCK
SPUREN - RATHENOW
ARKANUM - RATHENOW
FFK - RATHENOW
im Anschluß Disco

Es ruft auf die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AABO)

Am 15. Oktober 1994 wird in Bonn anläßlich der Bundestagswahl eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto: **"Ergreift Partei! Wählt den antifaschistischen Kampf"** stattfinden.

Bundesweite Antiparlamentarismus-Demo am 15.10.1994 in Bonn

Kontakt über: Antifa Bonn/Rhein-Sieg, c/o Büro für politische Kulturarbeit, Florentiusgraben 25, 53111 Bonn, Tel./Fax. 0228/690882

Bus-Fahrkarten zur AABO-Demo in Bonn gibts beim RAI-Stammtisch am Donnerstag, den 13.10. um 19 Uhr im Kulurhaus, Herrfurthstr. 3 in Neukölln

Sonntag 16.10.

So. 16.10. 20.30 Uhr: Videokino im KOB: "Spur der Steine" DDR 66

Freiheit für die Antifas

Veranstaltung
Ort: Haus der Demokratie
Zeit: 18.00 Uhr
16.10.94

"Wedding" - Der Film, von Heiko Schier.
Sonntag, 16.10.94 21.00 Uhr im CLASH

AntiFa-Cafe-Wedding

"Triple Oppression und Bewaffneter Kampf"

Zur Vorstellung dieser über 200 Seiten starken Broschüre haben wir uns einenText von Christian Klar herausgesucht (Christian Klar,*Brief vom Jan.92*, S..52) ,um die Frage **AntiFa in der Krise ?** zu diskutieren .
Klar stellt hier seine Auffassung von den Ursachen des Rassismus und den Zielen dar,denen er dient.Er geht in diesem Brief in erster Linie auf die Stellung der wirtschaftlichen und politischen Eliten ein,denen er ein "taktisches Verhältnis"zum Rassismus unterstellt, indem sie mit rassistischer (nationalistischer) Verhetzung im Volk manövrieren :
"....auschwitz muß dabei verstanden werden als modell imperialistischer modernisierung(...).in der bestimmung der atomaren waffe (und anderer herrschaftsprojektionen) setzt sich folgerichtig das wesentliche davon fort .und damit steht die weit verästelte gestalt vom heutigen rassismus auch in einem völlig erweiterten (schlacht-)feld : das heute von unserer seite her mit der inter-nationalistischen kampagne zu '500 Jahre unterdrückung und widerstand' betreten wird . " (Klar , Brief vom Jan. '92)
Anhand des in diesem Zusammenhang angerissenem Steuerungscharakter von Rassismus wollen wir in unserer Veranstaltung die Frage diskutieren, ob *"die,die jetzt für den antifa-kampf aufstehen,sich in diese sackgasse bewegen könnten: dass die herrschenden mit der steuerung der rassistischen ausbrüche auf der untersten ebene 'einen sektiererischen konflikt kreieren' ,in dem die linken Kräfte sich aufreiben (sollen) und die eliten damit dabei unangefochten bleiben ?"*

Diese,aber auch andere Fragen wollen wir mit Vertretern der Broschüregruppe sowie verschiedenen anderen Gruppen aus dem Antifa-Spektrum,in erster Linie aber mit Euch, diskutieren.

AM : Sonntag 16.10.1994

UM : 17.00 Uhr

WO? Fabrik in der Osloer Strasse OsloerStr.12,Aufgang B,2.Stock

(Da an diesem Tag die Wahlen zum Bundestag stattfinden,werden wir Euch natürlich über die aktuellen Hochrechnungen informieren)

Nicht Vergeben Nicht Vergessen :

Die Ermordeten von Stammheim 18.10.1977

Für eine neue revolutionäre Praxis!

DIE THEMEN
- Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit I: Kommunistische Kritiken an der alten Politik der RAF
- Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Weißen und *People of Color*: Antirassismus ist mehr als Antifaschismus und traditioneller Antiimperialismus
- Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen I: Feministische Kritiken an der alten und neuen Politik
- Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen II: Zur kommunistischen Debatte über das Patriarchat
- Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit II: Kommunistische Kritiken an der neuen Politik der RAF
- *Kritische Theorie*: Die Totalität eliminiert die gesellschaftlichen Antagonismen. Die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik
- antiimperialistische Kritiken an der neuen Politik



DIE VERFASSERINNEN
Gefangene aus PCE(r) & GRAPO / Spanien
Frédéric Oriach - Frankreich
Christian Klar
Heidi Schulz
RAF
Lutz Taufer
einige Frauen aus der radikal
Schweizer Feministinnen
Frauen aus der radikal
Frauen/Lesben aus Gießen
deutsche Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum
Kommunistischen Brigaden
Gefangenen aus den CCC Belgien
Pro Kommunismus
B. Rosenkötter / A. Jansen
M. Dietiker
Broschüren-Gruppe
Galvano della Volpe / Italien
Karl Marx
Friedrich Engels
Lucio Colletti / Italien
Rolf Nemitz
Stuart Hall / Britannien
Gefangene aus der AD Frankreich
Rolf Heißler
Karl-Heinz Dellwo

212 Seiten DIN A4, 10 DM; Bestellungen gegen Vorkasse an: Broschüren-Gruppe, c/o Kopierladen M 99, Manteuffelstraße 96, 10997 Berlin

Montag 17.10. **20 Uhr**

Yorckstr. 59

(Hinterhaus, 2. Stock rechts)

LINKE OPPOSITION IN MOSKAU

ZWISCHEN STALINISMUS UND SUBKULTUR

ZWEITEILIGES DOKUMENTARVIDEO, 150 MIN., BERLIN 1994
DEUTSCH SYNCHRONISIERT
MUSIK VON MONGOL SHUUDAN U.A.

Mo. 15.30-18.00 Uhr **17.10.**

offenes Treffen der FrauenLesbengruppe gegen Knast

Unser bisheriger Arbeitsansatz sind sog. soziale gefangene Frauen. Wir wollen uns mit unserem Antiknastansatz zu verschiedenen Themen verhalten und wünschen uns Zusammenarbeit mit anderen FrauenLesbengruppen. Wenn ihr neugierig auf uns seid, Infos habt oder von uns haben wollt: KOMMT VORBEI!

im Frauenbüro im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 2. Hofeingang, 4. Etage (rechts)

Dienstag 18.10.

DEMO

17.00 Uhr

Adenauerplatz

18.10.94

Kundgebung 19.30 h • Alt-Moabit

Freiheit für die Antifas



Mittwoch 19.10.

Mittwoch, 19.10.94 Musikvideo im **CLASH: "1991 The Year Punk Broke"**
21.00 Uhr Tournee-Mitschnitte von Sonic Youth, Nirvana, Dinosaur jr. u.a.

WHAKAKOTAHI!

- Maori-Theaterprojekt aus Neuseeland -

DONNERSTAG, 20.10.94

EX, Gneisenaustr. 2a

Solivorstellung
zur Unterstützung der gefangenen Antifas

Donnerstag 20.10.

IRLAND-Veranstaltung

Information und Diskussion zum Friedensprozeß und zur aktuellen Situation seit dem Waffenstillstand der IRA

mit
- Cathal Crumley, *Sinn Féin Stadtrat*, Derry
- Joan O'Conner, *Sinn Féin Frauen Ressort*, Dublin

weitere Themen:
- Frauenbewegung in Irland
- Zusammenarbeit zwischen loyalistischen Todesschwadronen und britischem Militär und Geheimdiensten

Donnerstag, 20.10.94, 18:30 Uhr
TU-Mathe-Gebäude, Raum Ma 001, Str. d 17.Juni, U-Ernst Reuter Pl.

Fr. 21.10. Antifa-Party im Baddoor

Donnerstag20.10.94 FrauenLesbenAbend im **CLASH:"Doppelkopfspieleabend".**
21.00 Uhr



Achtung! Bei den Prozeßterminen hat sich Einiges geändert!
Jeweils Dienstags und Freitags, 9 Uhr, Landgericht, Moabit, Turmstraße
14.10. / 18.10. / 25.10. / 01.11. / 04.11. / 08.11. / 11.11. / 15.11. / 18.11. / 22.11. / 25.11. / 29.11. / 02.12. / 06.12.
Besucht und beobachtet den Prozeß!



9.November, vom Senat geplante Eröffnung der Oberbaumbrücke.Um 11Uhr soll die"feierliche Eröffnung"sein, ab 16.30 wird eine Demo geplant, die in einer Kundgebung um 18.00 ihren Höhepunkt finden soll. Durch Bauverzögerungen können sich natürlich [illegible] eine verändern.

Der Hessische Landbote.

Erste Botschaft.

Darmstadt, im Juli 1834.

Vorbericht.

Dieses Blatt soll dem hessischen Lande die Wahrheit melden, aber wer die Wahrheit sagt, wird gehenkt, ja sogar der, welcher die Wahrheit liest, wird durch meineidige Richter vielleicht gestraft. Darum haben die, welchen dies Blatt zukommt, folgendes zu beobachten:

1) Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vorder Polizei verwahren;

2) sie dürfen es nur an treue Freunde mittheilen;

3) denen, welchen sie nicht trauen, wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinlegen;

4) würde das Blatt dennoch bei Einem gefunden, der es gelesen hat, so muß er gestehen, daß er es eben dem Kreisrath habe bringen wollen;

5) wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.

Friede den Hütten! Krieg den Pallästen!